Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1904

126 (16.3.1904) Badischer Landtag

Visual Library

Beilage zur „Badischen Landeszeitung“ № 126.
Karlsruhe, 16. März 1904.

Badischer Landtag.

45. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer
am Dienstag, den 15. März 1904.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. **Schenkel**, Ministerialdirektor Geh. Rat **Heil**, Geh. Oberregierungsrat **Krems** und Regierungsrat **Hafner**.

Präsident Dr. **Gönner** eröffnet die Sitzung kurz nach 9¼ Uhr vormittags.

Sekretär **Rohrhurst** verliest den Einlauf:

Bitte des Schneiders Sebastian Himmelsbach von Karlsruhe um Rechtshilfe.

Die Petition wird der Petitionskommission überwiesen.

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein.:

1. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums des Innern für 1904 und 1905 Ausgaben Titel XVI, Einnahmen Titel VII (Landwirtschaft). Drucksache Nr. 14c.

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzentwurf die Versicherung der Rindviehbestände betreffend. Drucksache Nr. 35a.

Zu Punkt I der Tagesordnung ergreift zunächst das Wort der Berichterstatter

Abg. **Schüler**: Die Kommission beantragt:

I. Die Ausgaben in Titel XVI (Förderung der Landwirtschaft):

a. im ordentlichen Etat mit zusammen	1 259 780 M.
b. im außergewöhnlichen Etat mit zus.	531 000 „
zusammen	1 790 780 M.

II. Die Einnahmen in Titel VII

a. im ordentlichen Etat mit . . .	20 120 M.
b. im außerordentlichen Etat mit .	26 000 „
zusammen	46 120 M.

zu genehmigen.

Die Kommission hat die einzelnen Forderungen durchberaten und beantragt unveränderte Annahme.

Zu meinem Bericht habe ich noch folgendes zu bemerken:

In § 1 des Budgets (landwirtschaftlicher Verein und landwirtschaftliche Interessenvertretung, seitheriger Budgetsatz 35 390 M.) finden wir eine Weniger-ausgabe von 19 010 M. Die Begründung der Regierung besagt, daß durch Verwendung billigern Papiers und Erhöhung des Inseratenpreises beim landwirtschaftlichen Wochenblatt nur noch ein geringer Zuschuß notwendig sei, der vom Jahre 1905 ab ganz in Wegfall kommen soll, da der landwirtschaftliche Verein alsdann in der Lage sein werde, ohne zu erhebliche Belastung die Kosten für das landwirtschaftliche Wochenblatt selbst aufzubringen. Es bestehen 14 landwirtschaftliche Winterschulen, die von größter Wichtigkeit für die Jugend sind. Sie werden stärker als früher besucht. In 4 Schulen ist die Schülerzahl unbedeutend zurückgegangen. Sonst ist überall ein erfreulicher Zuwachs zu verzeichnen. Die Arbeiternot ist schuld an dem teils geringen Besuch. Es fehlt bei den Landwirten nicht an Verständnis für den Nutzen des Schulbesuchs. Aber auch im Winter gibt es bei der Viehzucht viel Arbeit, und da brauchen die Landwirte ihre Söhne daheim.

Auf der Ackerbauschule Hochburg werden auch mehrere Kurse über Obstbau und Bienenzucht abgehalten; Hauptsache ist der Ackerbauunterricht; es sind gegenwärtig 20 Schüler dort. Die Lehrzeit dauert 2 Jahre. Die Schüler werden praktisch und theoretisch ausgebildet. Das Lehrgeld beträgt 350 M. Diese Summe ist an sich nicht zu hoch, aber es wäre zu wünschen, daß unbemittelten Schülern Stipendien oder Nachlaß des Schulgeldes gewährt würden. Nach Fertigstellung der Einrichtungen im Neubau wird ein Obstverwertungskurs sowie ein Weinbaukurs abgehalten werden.

Die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg wurde am 1. Juli 1901 durch Vereinigung der beiden seither bestehenden landwirtschaftlichen Versuchsanstalten, der landw. chemischen und der landw. botanischen, unter Verlegung nach dem im Besitz des Staates befindlichen Gute Augustenberg begründet.

Die Anstalt fand hier in einem leerstehenden Bau eine provisorische Unterkunft, die aber leider bezüglich des Raums nicht genügt, so daß wohl bald ein entsprechender Neubau nötig werden wird.

In welch ausgedehnter Weise in der Anstalt die verschiedenen landw. Produkte untersucht werden, zeigt folgende Zusammenstellung:

Im Berichtsjahr sind ausgeführt worden 4232 analytische Untersuchungen. Dieselben verteilen sich in folgender Weise.

Untersuchungen von Düngemitteln	1981
„ „ Futtermitteln	68
„ „ Saatwaren	895
„ „ Weinen u. gebrannten Wassern	287
„ „ Kartoffeln	946
„ „ Bodenrüben	31
Verschiedenes	24
zusammen	4232

Die Gesamtzahl der untersuchten Düngemittel verteilt sich auf die einzelnen Düngerarten in folgender Weise:

Eingesendet wurden:

	Insgesamt	Vom Verband landw. Konsumvereine	Von Bauernvereinen	Von Privaten
Thomasmehle	1502	928	213	361
Superphosphate	228	89	14	125
Kalisalze	46	33	1	12
Stickstoffdünger	56	29	3	24
Mischdünger	126	66	12	48
Sonstige Dünger	23	4	1	18
	1981			

Die Untersuchungen sind von größter Wichtigkeit für die Landwirtschaft, nur dadurch ist es möglich, die Produkte auf ihren wirklichen Wert zu prüfen.

Außer zahlreichen mündlichen Anfragen und Auskünften von Behörden und Privaten wurden 4808 Eingangs- und 5830 Ausgangsnummern schriftlich erledigt; nebenbei wurde auch eine größere Anzahl von Versammlungen abgehalten.

Was die Pferdezucht anlangt, so ist es bedauerlich, daß trotz der seit 2 Jahren erfolgten Bewilligung von höheren Kaufpreisnachlässen die Einfuhr von Zuchtstuten und Stutfohlen nicht erheblich zugenommen hat. Die detaillierten Zahlen finden Sie im Bericht.

Nach meinen Informationen liegt der Hauptgrund des schwachen Ankaufs in dem trotz des Staatszuschusses noch recht hohen Preisen für diese Tiere.

Die Kaltblutzucht hat sich in den mittleren und unteren Landesteilen gut bewährt.

In den oberen Landesteilen ist bezüglich der Oldenburgerstuten ein Rückgang zu beobachten. Schon vor einigen Jahren habe ich den Wunsch in der Budgetkommission ausgesprochen, die Großh. Regierung möge den Versuch machen, auf die Militärverwaltung einzuwirken, damit von unseren Züchtern mehr Remonten gekauft werden. Da wird mir nun wieder geklagt, daß bei Ankauf von Remonten zu wenig Rücksicht auf die eigene Zucht genommen werde, und auf den Märkten von Landwirten aus Hohenzollern und Württemberg gekauft werde, die mehr Händler als Züchter seien. Die Einfuhr von Stuten aus Hannover habe sich schlecht rentiert, die Jungen seien vielfach beim Fohlen gleich umgestanden, auch empfänglich für Krankheiten; auf der Mannheimer Ausstellung habe sich deutlich gezeigt, daß unter den Blut- und Rassenpferden den Holsteinern der Vorzug gehöre.

Die Fohlenweiden, die zu einer guten Pferdezucht unerläßlich sind, wurden auf den Sommerweiden im Jahre 1902 von 356, im Jahre 1903 von 446 Fohlen begangen; die Winterweide von 1901/02 von 24, 1902/03 von 26 Fohlen. Hufbeschlagschulen, für welche ein Posten im Budget steht, haben wir fünf, Tauberbischofsheim, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Konstanz. Wir bitten, diesen Schulen auch für die Zukunft alle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch für den landwirtschaftlichen Betrieb ist ein guter Pferdebeschlag dringend notwendig. Früher wurde in der Regel der Huf nach dem Eisen gerichtet; manches Pferd wurde dadurch weniger leistungsfähig oder ging zugrunde.

Für Förderung der Schweinezucht sind 14 000 M. gefordert, davon 12 000 M. für Prämiierungen, 2000 M. für Schweinezuchtstationen, die mit staatlicher Unterstützung errichtet worden. Unterstützungsgesuche liegen aus acht Gemeinden vor. Es besteht der Wunsch, auch für Ersatzeber staatliche Unterstützung zu geben.

Für Förderung der Rindviehzucht sind von der Großh. Regierung große Zuschüsse vorgesehen. Dieselbe ist für unsere Landwirtschaft vorwiegend in den oberen Landesteilen von eminenter Bedeutung, ist auch der Zweig der Landwirtschaft, der noch verhältnißmäßig am besten rentiert, seien es nun Zuchtgenossenschaften, Molkereien oder in der Nähe größerer Städte Milchwirtschaft. Eine große Gefahr für die Zucht der Viehbestände sind die Seuchen. Die Maul- und Klauenseuche hat riesigen Schaden verursacht; aber es ist auf das bestimmteste festgestellt worden, daß diese Seuche in den meisten Fällen von außen hereingeschleppt wurde, und daß nur durch die schärfsten Sperrmaßregeln der Krankheit vorgebeugt und sie eingeschränkt werden konnte. In den isoliert liegenden Gehöften ist die Seuche höchst selten aufgetreten. Zuchtgenossenschaften wirken sehr gut, nur müssen natürlich auch die lokalen Verhältnisse berücksichtigt werden. Hauptbedingung für lohnende Viehzucht ist gutes und genügendes Futter. Wo das fehlt, wo der Hauptbetrieb in etwas anderem, z. B. im Rebbau besteht wird es selten möglich sein, die Zucht auf die gewünschte Höhe zu bringen.

Sehr wichtig sind die Prämiierungen; gerade dadurch ist es möglich zu erreichen, daß die Zucht allen Anforderungen entspricht. Ebenso nötig ist die Beschickung von Tierausstellungen. Das ist eine sehr wirksame Reklame. Der jetzt erreichte Export an Zuchttieren wurde größtenteils nur durch die Erfolge bei Ausstellungen errungen. Während früher die Schweiz den größten Export an Vieh hatte, haben wir jetzt in Baden ganz bedeutende Erfolge errungen.

Von einem Fachmann wurde mir nahegelegt, daß der Impfzwang für Farren aufgehoben werden solle. Die Gefahr der Weiterverbreitung der Tuberkulose sei bei den weiblichen Zuchttieren viel größer; hauptsächlich solle man die im Inland gezüchteten weiblichen Tiere zur Zucht erziehen, und strengere Schutzmaßregeln gegen die Tuberkulose anwenden, da die Gefahr der Verbreitung durch den Gebrauch der Milch für menschlichen und tierischen Genuß viel intensiver sei.

Die Haltung eines guten Farrenmaterials nach einheitlichem Schlage ist ja durch die Farrenordnung garantiert, ebenso wichtig ist aber auch, daß die weiblichen Zuchttiere von einem einheitlichen Schlage sind. Es scheint, daß der Höhepunkt unsres Absatzgeschäfts bezüglich

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Preishöhe und Frequenz bald erreicht ist. Die Hauptsache ist nun, diesen Höhepunkt dauernd für die Zukunft zu erhalten. Die Simmentaler Rasse eignet sich zur Milchwirtschaft nicht so gut, wie unsre einheimischen Kreuzungen. Ueber die Rindviehversicherung ist ein besonderer Bericht erstattet, da ein Gesetzentwurf vorliegt. Die nötigen Anforderungen sind allerdings in dem Budget enthalten und sollen genehmigt werden, vorbehaltlich der Annahme des Viehversicherungsgesetzes.

Getreideabsatzgenossenschaften sind jetzt acht vorhanden, zu denen noch eine in der Gründung begriffene in Engen kommt. Der Hauptbetrag der unter dem Titel „Für sonstige Zweige des landwirtschaftlichen Betriebs" angeforderten Summe von 69 000 M. (bisher 59 000 M.) fällt auf die Getreideabsatzgenossenschaften. Es sind nun einige Klagen darüber laut geworden, daß in Buchen ein Getreidelagerhaus sich befindet, in Walldürn aber nicht. Es ist mir mitgeteilt worden, daß das Getreidelagerhaus in Buchen oft überfüllt ist. Ich möchte daher den Wunsch nach Errichtung eines Getreidelagerhauses in Walldürn sehr empfehlen, denn diese Getreidelagerhäuser sind außerordentlich wichtig für die Getreidebauende Landwirtschaft. Im Berichte finden Sie genaue tabellarische Zusammenstellungen über die Mitgliederzahl, Bau- und Einrichtungskosten und den Staatszuschuß. Es ist Hoffnung vorhanden, den so eminent wichtigen Zweig der Landwirtschaft, den Getreidebau, auch in Zukunft lebensfähig zu erhalten.

Ueber den außerordentlichen Etat ist das Nähere im Bericht zu sehen. Es sind zunächst 90 000 Mark für den Betrieb der Rinderstammzuchtstationen angefordert. Rinderstammzuchtstationen haben wir vier. Dieselben haben den Zweck, rassereines, zur Nachzucht geeignetes Material tunlichst im eigenen Lande zu erzielen; aus diesem Grunde können die verhältnismäßig hohen Anforderungen dafür nur gebilligt werden. Eine Masse Geld für unentbehrliches Zuchtmaterial geht aus dem Lande, und nicht in allen Fällen waren die exportierten Tiere vollständig zufriedenstellend, trotzdem werden wir im Interesse unserer Viehzucht auch in Zukunft nicht auf diesen Zukauf verzichten können, aber es ist ein großer Vorteil, wenn auch nur teilweise der Bedarf durch diese Zuchtstationen im eigenen Lande gedeckt werden kann, wenn beispielsweise die einheimischen Rassen, wie Vorderwälderschlag und Hinterwälderschlag, gezüchtet werden können.

Im außerordentlichen Etat sind weiter für Unterstützung des landwirtschaftlichen Ausstellungswesens 30 000 Mark, als Staatszuschuß für die Rindviehversicherung 230 000 M. und als II. Rate für Erstellung eines Dienstgebäudes für das tierhygienische Institut in Freiburg 156 000 M., Erbauung von Schweineställen mit Getreidespeicher auf Hochburg 25 000 M. vorgesehen.

Das glaubte ich zum Berichte bemerken zu müssen, u. ich stehe nicht an zu erklären, daß das Budget für Landwirtsch. in Berücksichtigung unserer beschränkten Finanzlage reichlich ausgestattet ist, um so mehr, da außerhalb dieses Budgets große Summen, z. B. für Wasserversorgung, Be- u. Entwässerungs-, Schul- u. Rathausbauten u. Zuschüsse an arme Gemeinden indirekt der Landwirtschaft zugewendet werden. Man ist nun in anderen Kreisen oft der Ansicht, wir Landwirte seien rückständig, suchten unser Heil nur in Staatsunterstützungen, Zollschutz usw. Da sind wir denn doch andern Ständen gegenüber die reinsten Waisenknaben. Denn mit Rücksicht auf unsere ganz anderen Standesverhältnisse kann der Staat nicht direkt, sondern nur indirekt helfen. Zum Beweise, daß wir auch selbständig vorgehen, möchte ich bezüglich unserer Vereine mit ihren Mitgliederzahlen kurz folgendes mitteilen:

In erster Reihe kommt der Badische Landwirtschaftsrat. Dieser besteht aus 35 Mitgliedern, von denen 5 von der Regierung ernannt, 30 von den landwirtschaftlichen Vereinigungen gewählt werden; er tritt wenigstens einmal im Jahre zusammen zur Beratung wirtschaftlicher Fragen. Ich möchte den Wunsch aussprechen, auch dem Bauernvereine eine Vertretung im Landwirtschaftsrat einzuräumen, wenn die Landwirtschaftskammer nicht kommt. Als ältester Verein kommt der Landw. Verein mit 14 Gauverbänden und 39 000 Mitgliedern in Betracht; er hat den Zweck, die Landwirtschaft und das landwirtschaftliche Gewerbe nach allen ihren Richtungen zu verbessern. Der Gesamtverein gliedert sich in Bezirksvereine und Gauverbände. Die Orts- und Bezirksvereine und Gauverbände verwalten ihre Angelegenheiten innerhalb der durch die Satzungen gezogenen Grenzen mit voller Selbständigkeit. Der Ortsverein besorgt für seine Mitglieder den Ankauf von Kunstdünger, Kraftfuttermitteln, Sämereien, gibt seinen Mitgliedern Rechtsschutz und veranstaltet Ausstellungen und Versammlungen und gibt ein wöchentlich einmal in einer Auflage von 39 600 Exemplaren erscheinendes Blatt ab. Der landwirtschaftliche Konsumverein mit 37 884 Mitgliedern im Jahre 1902 wird jetzt ungefähr 40 000 haben, vermittelt den Ankauf von Düngemitteln, Sämereien, Kraftfutter, Steinkohlen; es hat derselbe auch die Leitung der Getreideabsatzgenossenschaften in die Hand genommen. Wie schon bemerkt, wirken dieselben sehr gut, und es ist im Interesse der fruchtbautreibenden Landwirte nur zu wünschen, daß diese Organisationen lebensfähig bleiben: außerdem haben sich an den Verband der Konsumvereine noch 12 Eierabsatzgenossenschaften, 4 Winzergenossenschaften und 8 Tabakbauvereine angeschlossen. Der Verband landwirtschaftlicher Kreditgenossenschaften in Baden hat 325 Ortsvereine mit 42 000 Mitgliedern. Diese Vereine haben den Zweck, die Landwirte vor Bewucherung zu schützen, ihnen zu billigem Zinsfuß ohne Hypothek, nur gegen Bürgschaft, Geld zu geben, oder gegen Verzinsung ihr Geld anzulegen; zur Sicherung der Gläubiger haben alle Vereine unbeschränkte Haftpflicht der Mitglieder. Dieses Institut wirkt sehr segensreich, auch der kleinste Landwirt ist in der Lage, wenn er dringende Zahlungen zu machen hat, Geld zu bekommen. Um den Geldumsatz zu regeln, haben wir als Geldausgleichsstelle die Rheinische Hypothekenbank in Mannheim; dank dem Eintreten des Großh. Ministeriums des Innern erhielten wir vom Finanzministerium von dem auch um die Landwirtschaft hochverdienten, leider verstorbenen Finanzminister Buchenberger aus der Amortisationskasse einen Kredit bis zu $1^1/_2$ Millionen Mark, natürlich gegen Verzinsung, um in den geldknappen Perioden, z. B. in den Sommermonaten, die nötigen Mittel für unsere Mitglieder zu haben. Die Darlehen werden im Spätjahr regelmäßig zurückbezahlt. Der Geldumsatz der Vereine betrug Ende 1903 63 Millionen Mark, der Reservefond 1 600 000 Mark, die Geschäftsanteile der Mitglieder 2 900 000 M., die Schulden bei der Bank am 1. Januar 1904 821 167 Mark, unser Guthaben 910 929 M., somit hatten wir ein Guthaben von 89 762 M., und haben wir momentan kein Geld aus der Amortisationskasse in Anspruch genommen. Der Umsatz bei der Bank im Jahre 1903 betrug 11 Millionen Mark.

Sie können daraus ersehen, daß neben den größeren Gemeinde- und Bezirkssparkassen auch diese kleinen ländlichen Kreditkassen lebensfähig sind; dabei darf erwähnt

werden, welch große Verantwortung in den einzelnen Gemeinden die Vorstände, Aufsichtsräte und Rechner haben. Dazu kommt der badische Obstbauverein mit 3000 Mitgliedern und außerdem der von Ueberlingen mit 296 Mitgliedern; er hat ein alle Monat erscheinendes Blatt, die „Badische Obstbauzeitung". Erfreulicherweise hat dieser Verein in den letzten Jahren einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen. Durch Versammlungen, Obstbaukurse ist sehr viel zur Hebung des Obstbaues geschehen, es ist da auch ein reiches Feld der Tätigkeit, denn in unserem größtenteils günstigen Klima kann noch vieles verbessert werden. Hauptsächlich müssen wir den Markt mehr beherrschen, denn große Summen gehen noch für Obst, das wir selber pflanzen können, ins Ausland; sehr gut bewährt haben sich in Freiburo die Kreisobstmärkte, ebenso ist der berühmt gewordene Bühler Frühzwetschgenmarkt. Ebenso zu begrüßen ist die Versetzung eines tüchtigen Obstbaulehrers nach Emmendingen. Es wird mir geklagt, daß beim Scharfschießen des Militärs vielfach Obstbäume beschädigt, aber nur der Holzwert vergütet werde.

Der badische Bauernverein mit 858 Ortsvereinen und 54 295 Mitgliedern steht vollständig auf dem Boden der Selbsthilfe, stellt sich zur Aufgabe, die wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Mitglieder zu heben, Vermittlung von Kauf und Verkauf landwirtschaftlicher Produkte, Einwirkung auf die Gesetzgebung durch Petitionen an die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften, Belehrung der Mitglieder in Versammlungen, unentgeltlichen Rechtsschutz in Versicherungssachen und wirtschaftlichen Dingen für die Mitglieder.

14 Rechtsanwälte, unter dem Titel Vereinsanwälte, erteilen auf Vereinskosten Konsultationen und führen die Prozesse. Im Jahre 1903/1904 wurden 1045 Konsultationen stattgegeben und 590 Prozesse geführt. Ferner hat der Verein ein monatlich 2 mal in 55 Tausend Exemplaren erscheinendes Vereinsblatt, das unentgeltlich an die Mitglieder abgegeben wird. Die Kosten hierfür betrugen im letzten Jahre 26 370 M.

Der Verband badischer Zentrifugenmolkereien hatte im Jahre 1902 3145 Mitglieder und 69 Molkereien. Ich will da nur ein paar Zahlen anführen. Die auf Butter verarbeitete Milchmenge betrug im Jahre 1902 13 469 551 Liter; es wurden 10 351 Zentner Butter erzeugt, den Milchlieferanten 997 447 Mk. ausbezahlt, für die verkaufte Butter 1 235 192 M. erlöst. Rund 80 % der gelieferten Milch erhielten die Lieferanten für ihre Haushaltung als Magermilch zurück; neben dem wird in der Nähe der Städte eine sehr große Menge Milch direkt an die Konsumenten verkauft. Es war vor einiger Zeit in fachmännischen Kreisen eine große Bewegung gegen diese Molkereien, weil man annahm, sie schädigten die Nachzucht. Meines Erachtens liegt das Richtige in der Mitte. Der praktische Landwirt wird mit oder ohne Molkereien die zur Nachzucht bestimmten Tiere nicht verkümmern lassen.

Für unsere Bauerntöchter haben wir fünf landwirtschaftliche Haushaltungsschulen in Radolfzell, Neckarbischofsheim, Villingen, Kenzingen und Bühl, die teils Kreisunterstützung, teils Staatsunterstützung erhalten und in denen alles für eine Hausfrau nötige gelernt wird; es finden fast durchweg Sommer- und Winterkurse von je fünf Monaten, nebenbei noch Molkerei- und Bügelkurse statt.

Weitere Vereine sind der Verein für ländliche Wohlfahrtspflege, ferner der Verband badischer Gartenbauvereine, der oberbadische Weinbauverein, der badische Verein für Bienenzucht mit 58 Bezirksvereinen und der Verei für Geflügelzucht.

In allen diesen Vereinigungen besorgen die Vorstände und Aufsichtsräte ihr Amt als Ehrenamt; nur die angestellten Beamten und Rechner haben Gehalt.

Neu ist die Einführung praktischer Unterrichtskurse in der landwirtschaftlichen Geräte- und Maschinenkunde; ein solcher wurde vom 11. bis 16. Januar d. J. in der Fabrik des Herrn Fahr in Gottmadingen abgehalten; er umfaßte die Unterweisung in der Konstruktion der zur Verwendung kommenden Pflüge nnd Maschinen; es wäre sehr zu empfehlen, auch weiterhin solche Kurse abzuhalten. Unsere Landwirte sind durch Arbeitermangel zur Benützung der Maschinen gedrängt; deshalb ist es sehr wichtig, wenn die Landwirte dieselben selbst reparieren können.

Zu alledem kommt noch ein sehr ausgedehntes Versicherungswesen, das kostet viel Geld, ist aber notwendig. Wir haben die Lebens-, Hagel-, Feuer- und Haftpflichtversicherung. Das stets zunehmende Verständnis für die Notwendigkeit des Zusammenschlusses ist sehr erfreulich, und ist in der jetzigen Zeit dringend nötig. Die genossenschaftlichen Organisationen sind sehr zu begrüßen.

Als einen großen Fortschritt von eminenter Bedeutung möchte ich noch die Tatsache feststellen, daß alle diese verschiedenen Vereine und ihre Vorstände friedlich mit und nebeneinander für die Interessen der Landwirtschaft arbeiten, und daß die einzelnen Landwirte je nach ihren Verhältnissen und Bedürfnissen zugleich Mitglieder von mehreren Vereinen sind.

Aus dieser Darstellung können Sie ersehen, daß die Landwirtschaft auch von sich aus alles aufbietet, um ihre bedrängte Lage zu verbessern, und diese genossenschaftlichen Bestrebungen sind bei uns viel schwieriger als in Norddeutschland; dort handelt es sich fast durchweg um Großgrundbesitzer, bei uns dagegen um Landwirte mit kleinen Betrieben und sehr beschränkten Mitteln.

Ich komme zum Schlusse, da ich Verschiedenes, was ich noch zur Sprache bringen will, nicht als Berichterstatter, sondern nachher als Abgeordneter mitteilen werde. Das Budget der Landwirtschaft gehört ja zu den neutralen Gegenständen, und wird von allen Seiten des Hohen Hauses mit dankenswertem Wohlwollen behandelt, alle Mitglieder wollen ja der Landwirtschaft helfen, nur über die Wahl der Mittel gehen die Ansichten leider weit auseinander. Aber ich meine denn doch, daß man bei diesem Kapitel uns als Sachverständige auch hören soll. Wir wissen, wo uns der Schuh drückt; wir spüren das am eigenen Leib und wenn die Debatte sich etwas in die Länge ziehen sollte, so vergessen Sie bitte nicht, daß wir sonst keine Gelegenheit haben, unsere Wünsche und Beschwerden vorzubringen; hätten wir z. B. eine Landwirtschaftskammer, so könnten wir dort zu Wort kommen. Es gibt ja so viele Dinge, deren Besprechung hier wir Ihrer besseren Einsicht überlassen, und dort kommt in der Regel das Sprüchwort: „Der Rede Würze sei die Kürze" auch nicht immer zur Geltung. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Debatte recht ruhig und sachlich geführt werde und unsere Wünsche und Anregungen wohlwollende Berücksichtigung finden. (Beifall.)

Die allgemeine Beratung wird hierauf eröffnet.

Abg. **Klein**: Der Berichterstatter hat soeben über die einzelnen Teile des landwirtschaftlichen Budgets kurz referirt. Ich möchte dem nur weniges beifügen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In erster Linie stehen die Anforderungen für Bildungszwecke. Der Berichterstatter ist noch weiter gegangen als das Budget und hat an die erste Stelle die Anforderung für die landwirtschaftlichen Winterschulen gestellt. Ich habe mich darüber sehr gefreut. Unsere 14 landwirtschaftlichen Winterschulen haben in der letzten Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Schülerzahl hat sich nach der im Bericht enthaltenen Zusammenstellung stetig vermehrt; es sind rund 10 000 Schüler darin ausgebildet worden. Damit erfährt die landwirtschaftliche Bildung eine große Förderung. Diese Schulen werden von tüchtigen Lehrern geleitet, die Lobenswertes leisten und auch als Wanderlehrer ersprießlich wirken. Die Schulen stehen sozusagen unter zusammengesetzter Verwaltung. Den Lehrer stellt das Großh. Ministerium des Innern, die Hilfskräfte und die Lehrmittel der Kreis, das Lokal und die Bedienung die Gemeinde. Das Bestreben geht nun dahin, daß der Unterricht möglichst einfach gestaltet, die jungen Leute nicht so vieles gelehrt, aber das, was man sie lehrt, ihnen sicher und fest eingeprägt werden sollte.

Es herrscht weiter die Ansicht, daß, um dies zu erreichen, ein Wiederholungskurs nötig sei und daß der Unterricht, um ihn praktisch und recht eindringlich gestalten zu können, vorzugsweise ein Anschauungsunterricht sein müsse, zu dem auch das nötige Material, die nötigen Apparate vorhanden sein sollten. Ich glaube indes, man kann in dieser Beziehung etwas zu weit gehen. So ist uns z. B. in unserer Winterschule in Tauberbischofsheim einmal ein Verzeichnis über die dort aufzustellenden Lehrmittel zugegangen, über das wir sehr erschrocken sind. Es sind in diesem Verzeichnis 301 Lehrmittel aufgeführt (Heiterkeit), die mitunter derart sind, daß sie für die landwirtschaftliche Winterschule nicht passen. (Redner führt Beispiele an.) An und für sich ist das ja nicht so gefährlich, und es werden, da der Kreisausschuß es in der Hand hat, ob er diese Lehrmittel verwenden will, große Mißgriffe nicht gemacht werden, allein es kann doch immerhin zu Konflikten kommen, wenn statt der meist älteren, erfahrenen Lehrer einmal eine jüngere Kraft hinkommt, welche meint, sie könne auf Grund des Lehrmittelplanes alle möglichen Anträge stellen. Auch die Großh. Regierung wird der Ansicht sein, daß nur angeschafft werden sollte, was nach Ueberzeugung des Kreisausschusses und des Landwirtschaftslehrers für notwendig und zweckmäßig angesehen wird.

Ueber die anderen Lehranstalten, die Ackerbauschule Hochburg, die landwirtschaftliche Winterschule Augustenberg und die Hufbeschlagschulen, will ich kurz hinweggehen. Der Berichterstatter hat darüber schon eingehend berichtet, und ich glaube, wir sollten über alle diese Dinge nicht so ausführlich sprechen, denn sie werden ja schon in den einzelnen Vereinen eingehend besprochen; die Vereine können sich mit dem Ministerium des Innern ins Benehmen setzen und haben dann außerdem in dem Landwirtschaftsrat ein Organ, um diese Dinge zur Sprache zu bringen.

Aus der Position für sonstige Zweige des Betriebes sind die Kornhäuser unterstützt worden. Ich glaube, man sollte hier vorsichtig sein und erst die Erfahrungen abwarten und die Kornhäuser nicht so dicht aufeinander setzen, sonst machen sie sich Konkurrenz. Die Kornhäuser sind auch vom Marktpreis abhängig. Ein Vorteil ist, daß sie auch Futter und Düngemittel feilhalten, die von den Landwirten in kleinen Partien bezogen werden können.

Ueber zwei großartige Anstalten will ich noch eine Bemerkung machen: Die Rindvieh- und die Hagelversicherung. Beide sind Einrichtungen, wie sie besser nicht gedacht werden können. Die Hagelversicherung geht auf Gegenseitigkeit, will also nur die Kosten für notwendige Aufwendungen herausbringen. Der einzelne Landwirt hat nur die Vorprämie zu zahlen. Den Zuschlag zur Vorprämie haben die Kreise übernommen. Bei Nachschüssen übernimmt der Staat den ganzen Betrag. Dies ist sonst in keinem Lande so. Es ist mir deshalb unbegreiflich, daß Stimmen laut geworden sind, die nach der bayrischen Versicherung rufen. Wir sollten für unsere Versicherung dankbar sein.

Die Position für das Wochenblatt des landwirtschaftlichen Vereins ist leider in diesem Budget gestrichen worden. Seit 1894 hatten die Vereinsmitglieder nur die Post- und Bestellgebühr zu bezahlen. Das übrige hat die Regierung übernommen. Es war Sorge getragen, daß in dem Blatt nur gute Artikel erschienen. Das Blatt hat sich sehr lehrreich erwiesen, hat jede Polemik vermieden und war bestrebt, die Landwirtschaft zu fördern. Man ist allerdings anfangs etwas zu opulent verfahren und hat sehr haltbares Papier genommen, weil man von der Ansicht ausging, daß das landwirtschaftliche Wochenblatt gebunden als Nachschlagewerk dienen solle. Davon ist man jetzt zurückgekommen. Die kostenlose Herstellung des Blattes erfolgte auf langjährige Wünsche hin, die hier im Hohen Hause geäußert worden sind. 1902 schrieb nun die Regierung an den Vorstand des Vereins, daß sie die Position fallen lassen wolle und die Stellung des Vereins hierzu zu erfahren wünsche. Der Verein hatte sein Einverständnis mit Ersparnissen ausgesprochen, man wünschte aber dringend, daß die Regierung die Mittel für das Blatt nach wie vor einstelle. Diese Eingabe gelangte im Frühjahr 1903 an die Regierung, und es war Zeit genug, die Position noch in das Budget einzustellen. Wie sich in der Kommission die Ansicht verbreiten konnte, daß der landwirtschaftliche Verein mit dem Strich der Position einverstanden sei, ist mir unbegreiflich. Die Streichung wird sehr schwer empfunden, namentlich von den Herren, die an der Spitze des Vereins stehen und sich in dankenswerter Weise um seine Leitung bemüht haben. Ich möchte diesen Herren auch hier für ihr tatkräftiges Eintreten meinen Dank aussprechen. Die Regierung hat eine gewisse Härte gezeigt, indem sie durch Entziehung der Subvention den Verein in die Zwangslage brachte, die Kosten zu übernehmen, ohne daß er etwas machen kann. Man hätte ihn wohl rücksichtsvoller behandeln und den Zuschuß noch ein Jahr bewilligen können. Ich meine, man sollte das Blatt in der gleichen Weise wie bisher weiter führen, jede Aenderung geschieht auf Kosten der Qualität.

Wie sich die weitere Entwicklung des Wochenblattes gestaltet, das weiß ich nicht; ich werde aber danach streben, daß es in gleichem Ansehen fortbesteht, wie bisher. Eines ist sicher, für die Vereine werden eine Reihe von Beträgen verloren gehen, die diese sonst für die sogenannten kleinen Mittel verwenden könnten.

Ich möchte bei Beginn der Debatte das Hohe Haus bitten, über die Notwendigkeit der Kornzölle nicht zu sprechen, da hierüber früher schon genug gesprochen worden ist und dies nur theoretischen Zweck hat.

An die Großh. Regierung möchte ich die Bitte richten, hinsichtlich des Zollschutzes dafür zu sorgen, daß der Landwirtschaft der nötige Schutz zuteil wird. Denn die Landwirtschaft bedarf dieses Zollschutzes, wenn sie gegenüber dem Ausland, das unter viel günstigeren Bedingungen produziert, dauernd leistungsfähig erhalten werden soll.

Abg. Dr. **Weygoldt** bittet um Teilnahme für die Lage unserer Imker. Wenn man das Wort „Bienenzucht" hört, glaubt man gewöhnlich, es handle sich um eine wenig

bedeutende Sache. Dem ist aber nicht so. Im Jahre 1900 gab es in unserem Lande über hunderttausend Bienenstöcke. In denselben wurden über eine Million Kilogramm Honig gewonnen, die einen Geldwert von rund zwei Millionen Mark darstellen. Die Bienenzucht ist also ein hochbedeutsamer Faktor in unserem Wirtschaftsleben. Baden ragt in dieser Hinsicht in ganz Deutschland hervor. Wir verdanken dies zunächst der günstigen Lage unseres Landes mit seinen vielen geschützten Tälern, seinem Reichtum an Obstbäumen, Nadelhölzern usw. Wir verdanken es aber vor allem der außerordentlichen Rührigkeit unserer Imker und ihrer trefflichen Organisation. Unter den Imkern tun sich unsere Landlehrer ganz besonders hervor. Sie betreiben die Bienenzucht vielfach in geradezu vorbildlicher Weise. Sie halten Vorträge,, schreiben Aufsätze und geben auch im Unterricht schätzbare Anregungen. Zwei der allerbesten Lehrbücher der Bienenzucht sind von badischen Lehrern geschrieben. Auch die Großh. Regierung tut, was sie kann. Sie läßt alljährlich Kurse auf der Hochburg und auf dem Augustenberg abhalten und unterstützt sonstige Unternehmungen mit Geldmitteln.

Unsere hochentwickelte Bienenzucht schwebt aber in großer Gefahr und zwar infolge einer ansteckenden Krankheit, der sogenannten Faulbrut. Diese schreckliche Seuche hat sich schon früher gezeigt. Aber in letzter Zeit hat sie besonders große Dimensionen angenommen und außerordentliche Verheerungen angerichtet. Es ist dies namentlich in den Bezirken Schopfheim und Freiburg der Fall. Das Bedenkliche liegt darin, daß die Imker das einzige Auskunftsmittel, nämlich die sofortige Vernichtung der von der Seuche ergriffenen Stöcke, nicht gerne ergreifen, daß sie die Sache verheimlichen, und dadurch die Nachbarn, ja die ganze Gegend schwer schädigen. Nach der Ansicht erfahrener Bienenzüchter ist es dringend nötig, daß gegen die Faulbrut ähnlich wie gegen die Viehseuchen gesetzliche Vorschriften erlassen werden oder daß wenigstens für die Möglichkeit einer guten Kontrolle gesorgt wird. Man sollte das Beispiel von Mecklenburg nachahmen und nicht warten, bis etwa vom Reiche vorgegangen wird. Ich bitte die Großh. Regierung, helfend einzuschreiten und zwar möglichst bald.

Ich behalte mir vor, einige weitere Fragen in einer späteren Sitzung zu besprechen. Heute will ich nur bemerken, daß der Wegfall des Zuschusses an das Wochenblatt des landwirtschaftlichen Vereins in den beteiligten Kreisen sehr unangenehm berührt hat. Ich weiß genau, daß infolge dieses Wegfalles in einem bestimmten Bezirk, in dem die Viehzucht eine große Rolle spielt, im laufenden Jahre die übliche Viehprämiierung wegen Mangels an Mitteln ausfallen muß.

Abg. **Schüler**: Die große Bedeutung, die man der Landwirtschaft in diesem Hohen Hause zumißt, ging daraus hervor, daß schon vor einigen Tagen eine landwirtschaftliche Debatte geführt wurde, in welcher größtenteils von Nichtlandwirten über den Zolltarif gesprochen wurde. Es hat mich sehr gefreut, daß kein Landwirt mit Ausnahme des Abg. Mampel dazu gesprochen hat. Wir waren der Ansicht, daß diese Fragen erledigt sind und nicht hierher gehörten. Ich hätte auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen als Mitglied des Reichstages und der Zolltarifkommission in II. Lesung Verschiedenes vorbringen können, ich will aber nicht mehr darauf zurückkommen.

Der Abg. Lehmann hat gesagt: Ueber den Nutzen der Getreidezölle könne man nur in Bauernversammlungen sprechen, hier aber nicht. Wie es der Abg. Lehmann, der ja auch viele Versammlungen abhält, in dieser Beziehung hält, das weiß ich nicht, von uns aber kann ich bemerken, was wir draußen sagen, das wird auch hier von uns vertreten. Herr Lehmann war ja im letzten Landtag noch nicht hier, sonst hätte er hören können, daß wir Landwirte bei der von Dreesbach eingebrachten Interpellation über den Zolltarif recht deutlich und ausführlich über dieses Thema gesprochen haben.

Bei so wichtigen Fragen muß die Landwirtschaft solidarisch geschlossen alle ihre Interessen vertreten, und es ist hocherfreulich, daß ihre Vertreter es getan haben, daß wir das tun, sehen Sie auch in den jetzigen Verhandlungen; Sie finden in einem Bericht längere Ausführungen und Tabellen über Getreidelagerhäuser, obwohl in meinem Landtags- und Reichstagswahlbezirk dazu kein Bedürfnis vorhanden ist. In gleicher Lage sind noch eine Anzahl Abgeordneter, und doch bewilligen wir einmütig die zur Unterstützung dieser Einrichtung nötigen Summen, und bitten die Regierung, doch ja alles aufzubieten, dieses Unternehmen lebensfähig zu erhalten und noch mehr zu stärken. Das ist nötig, weil wir sehen, daß der Getreidebau wegen seiner Unrentabilität immer weiter zurückgeht und da die getreidebauenden Landwirte dem finanziellen Ruin entgegengehen. Wir halten sonst das für ein Unglück, der Getreidebau ist das Rückgrat der Landwirtschaft und er ist aus verschiedenen Gründen, die ich jetzt nicht näher ausführen will, in jedem Betrieb notwendig. Ich bin der Meinung, das ist eine Sache, die für uns alle bedenklich sein sollte. Heute überschwemmt uns das Ausland mit Brotgetreide, die großen Aktienmühlen ruinieren unsere mittleren und kleinen Mühlen zum Schaden der Allgemeinheit, immer mehr Leute gehen von der Landwirtschaft über zur Industrie und in die Städte, dadurch vermehrt sich Jahr für Jahr die Bevölkerung die ihre Lebensmittel nicht selbst baut, das Brot ist aber ein unentbehrliches Nahrungsmittel für alle Menschen. Wenn nun aber diese Getreidezufuhr des Auslandes einmal für längere Zeit versagt, sei es durch kriegerische Ereignisse oder Mißernten jener Länder, wer soll dann für die Millionen der außerhalb der Landwirtschaft Stehenden das Brot beschaffen, wenn nicht die deutsche Landwirtschaft? Das sollte bei den Gegnern des Zollschutzes doch auch in die Wagschale gelegt werden.

Ich glaube die Landwirtschaft verdient auch hier wohlwollend behandelt zu werden. Kein Stand dokumentiert durch Tatsachen sein Vertrauen zu Mitgliedern anderer Stände wie der unserige; auf allen Seiten des Hohen Hauses finden Sie Vertreter rein landwirtschaftlicher Wahlkreise, die unserm Stand nicht angehören und schon jahrelang diese Bezirke vertreten. Alle anderen Stände beziehen ihre dringend nöthigen Reserven, frisches Blut aus unserm Stande; schon das sollte ein Grund sein, denselben auch im Interesse der Allgemeinheit lebensfähig zu erhalten.

Auch wir wünschen eine kräftige, leistungsfähige Industrie, die vielen tausenden lohnenden Verdienst gibt, wir freuen uns darüber, daß die deutsche Industrie eine ausschlaggebende Stellung auf dem Weltmarkt errungen hat, und bewilligen hier und hauptsächlich im Reichstag die kolossalen Summen, die zur Hebung und zum Schutz derselben, und die für Wohlfahrtseinrichtungen und Versicherungen auf Grund unserer sozialpolitischen Gesetze aus der Staatskasse gegeben werden.

Und dann, welche Bedeutung hat die Landbevölkerung für die Wehrkraft des Deutschen Reiches! Wir finden in statistischen Aufzeichnungen, daß in den Städten und Industriezentren die Tauglichkeitsziffer trotz der großen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bevölkerungs una me abnimmt, auf dem Lande trotz des Rückgangs gleich bleibt.

Geradezu erschreckend ist die A nahme der Landbevölkerung; sie betrug im Deutschen Reich von 1882 bis 1895 1 400 000 Köpfe. Bei der Arbeiterversicherung muß man auch an die Landwirtschaft denken. Neben rund gerechnet 7 Millionen Industriearbeitern haben wir über 5 Millionen landwirtschaftliche, zu denen auch die Kleinbauern gehören.

Aber wir wünschen nicht, daß diese Industrie sich auf Kosten des platten Landes immer vergrößert, daß uns die dringend nötigen Arbeitskräfte weggenommen werden, daß man durch den übergroßen Andrang in den Städten, in den Industriezentren überflüssiges Arbeitsmaterial hat und Maßregeln zum Schutz dieser Massen trifft z. B. durch Arbeitslosenversicherung, während wir einen Mangel an Arbeitskräften haben, der immer zunimmt, zur Kalamität wird und den geordneten Betrieb der Landwirtschaft fast unmöglich macht. Und was ist die Folge? Sind die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung vielleicht besser geworden, ist eine allgemeine Befriedigung über die heutigen Zustände erreicht worden? Nein.

Die Unzufriedenheit ist in ganz bedenklichem Maße gestiegen. Herr Eichhorn hat letzten Donnerstag über die schlechten Löhne auf dem Lande gesprochen. Das i'st nicht richtig. Die Löhne sind auf das Doppelte und Dreifache gegen früher gestiegen. Die Ansprüche bezüglich der Kost sind fast nicht mehr erfüllbar. Wir wollen diese höheren Löhne bezahlen, aber um all den verschiedenen Anforderungen zu genügen, ist es unerläßlich, daß wir entsprechende Einnahmen haben, bessere Preise für unsere Produkte bekommen. Was erreichen wir in vielen Fällen mit den hohen Löhnen? Nichts, als daß bei den Dienstboten die Genußsucht gesteigert wird, bei den männlichen Dienstboten der Alkoholgenuß in erschreckender Weise zunimmt; dazu trägt in hervorragender Weise die Giftpflanze des Flaschenbierhandels auf dem Lande, gegen den wir schon lange leider vergeblich kämpfen, bei. Nun zum Kapitel des Weinbaues. Das Weingesetz vom 24. Mai 1901, das bedeutende Verbesserungen enthält, hat leider die Erwartungen des Rebbauern und des reellen Weinhändlers nicht erfüllt. Fünf Punkte wurden von dem neuen Gesetz verlangt:

1. Verbot des Kunstweins (Trester-, Rosinen ꝛc. Weins).
2. Beschränkung des Zuckerwasserzusatzes auf eine bestimmte Zeit und Beschränkung desselben auf einen gewissen Prozentsatz (10, 15, 20, 25 Proz.).
3. Verbot des Verschnitts von Rot- mit Weißwein oder doch Deklaration desselben als Verschnittwein.
4. Einführung einer scharfen Kontrolle.
5. Verschärfte Strafbestimmungen.

Das Gute, was das neue Gesetz nun bringt, ist kurz gesagt Folgendes:

1. Das gänzliche Verbot des Kunstweines (Trester-, Hefe-, Rosinenweines).
2. Die Einführung einer Kontrolle.
3. Verschärfte Strafen.

Es wäre nun verständlich, wenn bei dem erhöhten Biergenuß und der prekären Lage der Arbeiter die geringeren Weine nicht so rasch verkauft werden könnten. Das Gegenteil ist der Fall!

Es ist eine unheimliche Tatsache, daß gerade die geringen Weine, wenn sie noch so sauer und kurz sind, wenig Bouquet haben, rasch zu annehmbaren Preisen verkauft werden. Dieselben verschwinden in der Regel spurlos. Sie finden in den Offerten und auf den Etiketten der Flaschen nur die Namen guter Weingegenden und besserer Lagen, diese Weine werden massenhaft zu oft sehr billigen Preisen angeboten. (Heiterkeit.)

Die besseren Weine des Markgräflerlandes, des Breisgaus und des Kaiserstuhles, die feinen Weine, Affenthaler, Klingenberger, Clevener, Zeller Roter im Rebgebirge der Ortenau im Bezirk meines Freundes Hergt, in dessen Namen ich dies vorbringe, liegen größtenteils unverkäuflich, trotzdem die Preise sehr billig sind, und in den letzten Jahren keine Vollherbste da waren.

Wenn man diese Tatsachen gegenüberstellt, so bekommt man sofort die Ueberzeugung, daß ungesunde Zustände vorhanden sind, um es deutlich zu sagen, daß leider der Zucker und recht leistungsfähige Wasserleitungen eine sehr große Rolle spielen. (Heiterkeit.)

Früher sagte man, es fehle eben ein Reichsweingesetz. Jetzt haben wir eines. Die Hauptsache dabei ist die Kontrolle; wir verlangten vereidigte Sachverständige, die vom Reich angestellt, in allen Bundesstaaten zu funktionieren hätten. Staatssekretär Graf Posadowsky ging indes darauf nicht ein und sagte, das sei Sache der einzelnen Bundesstaaten. Das ist an sich nicht richtig. Wir in Baden sind nicht am schlimmsten daran, wir haben in der Beziehung einen bösen Nachbar, die Pfalz. (Heiterkeit).

Nach mir gewordenen Mitteilungen ist bei uns diese Kellerkontrolle sehr häufig ausgeführt, eine große Anzahl von Proben entnommen und untersucht worden. Ueber die Resultate hat man bedauerlicher Weise noch nichts gehört, ich befürchte, daß nicht viel dabei herauskommt. Wenn dem Most vor der Gärung Zucker und Wasser in nicht zu großer Menge zugeführt wird, läßt sich das chemisch leider nicht feststellen, und so befürchte ich, daß, wenn wir nicht noch Buchkontrolle durchführen, die an das Weingesetz gestellten Erwartungen sich nicht erfüllen werden.

Im März vergangenen Jahres schickten die Bauernvereine Mittelbadens eine Petition, die unter genauer Begründung die Bitte an das Großh. Ministerium des Innern richtete:

Wir wünschen, daß die Großh. Regierung im Bundesrate darauf hinwirkt,

1. daß bei Abschluß der neuen Handelsverträge der Zollsatz auf ausländische Trauben und Weine nicht unter den im Zolltarif festgelegten Satz herabgesetzt wird;
2. daß Rotwein nicht mit Weißwein verschnitten werden darf oder daß dort wenigstens der Deklarationszwang durchgeführt wird;
3. daß dem unlauteren Wettbewerb, welcher unseren Naturweinen durch den Speditionsschwindel, sowie die Deklaration außerbadischer Weine als einheimischer Qualitätsweine bereitet wird, Schranken gesetzt werden;
4. daß das neue Weingesetz mit einer richtigen reichseinheitlichen Kellerkontrolle durch beeidigte Sachverständige zur Ausführung kommt, da nur mit diesem Mittel allein der dringend notwendige Absatz unserer Naturweine herbeigeführt werden kann.

In dankenwertester Weise hat das Ministerium des Innern, soweit möglich, zusagende Antwort erteilt und

ist auch dem Speditionsschwindel auf den Leib gerückt. Die Manipulation bei diesem Schwindel war folgende: Eine Wagenladung Wein kam in die Ortenau, nach Offenburg, Ortenberg usw. und wurde dort nicht ausgeladen, sondern umgeschrieben und kam dann als Ortenauer Wein auf den Schwarzwald oder nach Württemberg. Ueber die Zollsätze auf ausländische Weine und Trauben will ich nicht sprechen. Der Hauptschwindel ist der Verschnitt von geringen einheimischen Weinen mit ausländischen Rotweinen. Ich habe nichts dagegen, wenn dieser Verschnitt ehrlich und offen geschieht. Die Einwände, man erstelle dadurch einen billigen und guten Wein, sind nicht zutreffend. Der Schwerpunkt ist die falsche Deklaration, sie führt zu einer schweren Schädigung der Produzenten und Konsumenten. Man sollte wenigstens einen strengen Deklarationszwang einführen. Denken Sie nur an die Kranken. Aus dem Grunde hat auch der preußische Landwirtschaftsminister von Podbielski die Anordnung erlassen, daß in den staatlichen Krankenhäusern nur deutsche Rotweine verwendet werden dürfen. Diese Anordnung würde sich auch bei uns empfehlen. Unsere Irrenhäuser sollten ihren Weinbedarf direkt beim Produzenten decken. Bei den Rebbauern ist die Notlage groß und Abhilfe dringend nötig. Um nicht hier schon mehrfach Gesagtes zu wiederholen, will ich auf die Rebkrankheiten, ihre Bekämpfung, die Leutenot und die das ganze Jahr dauernde Arbeit beim Rebbau nicht eingehen. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, alles aufzubieten, um diesen schwer geschädigten Zweig der Landwirtschaft lebensfähig zu erhalten.

Ueber den Wildschaden kommen immer wieder berechtigte Klagen, bezeichnenderweise nur von der Landwirtschaft, nicht von den Jagdpächtern. Diese Klagen sind dort am größten, wo mehrere Jagdbezirke zusammengelegt, Genossenschaften, größtenteils von Ausländern, gebildet sind. Ich hatte bis jetzt schwere Bedenken, eine Aenderung der Bestimmungen bezügl. der Verpachtungen zu beantragen.

Allein nachdem in der Budgetkommission vom Herrn Regierungsvertreter erklärt wurde, daß die Regierung genötigt sei, die Jagden in den Domänenwaldungen in eigene Regie zu nehmen, da es bei Verpachtungen rein unmöglich sei, den Wald und das landwirtschaftliche Gelände vor Wildschaden zu schützen oder genügende Entschädigung zu bekommen, da drängt sich denn die Frage auf, wenn das die Großh. Regierung nicht kann, wie soll es den Gemeinden oder den einzelnen Landwirten möglich sein, sich zu schützen? Da wäre doch Remedur nötig. Von Waldshut bekam ich ein langes Schreiben mit bitteren Klagen über den Wildschaden. Eine Stelle aus dem Brief will ich doch vorlesen:

„Letztes Frühjahr hat ein hiesiger Bürger eine Beschwerde wegen Wildschaden mit Angabe, daß sein Schaden 200 M. betrage, an das Großh. Bezirksamt Waldshut eingereicht. Darauf kam vom Bezirksamt eine Anfrage an den hiesigen Gemeinderat, ob der Schaden des Beschwerdeführers auf Wahrheit beruhe, worauf der Gemeinderat auch bestätigte, daß ein großer Schaden wirklich vorhanden sei. Auf dieses hin kam ein Forstbeamter, welcher auf Veranlassung des Großh. Bezirksamts den Auftrag hatte, den Schaden einzusehen. Der Forstbeamte hat denn auch selbst gefunden, daß der Schaden wirklich groß ist, sagte aber, die Gemeinde nehme alljährlich den Pachtzins ein, deshalb sei die Gemeinde resp. die Bürger auch verpflichtet, den Wald und die Pflanzen mit geeigneter Schutzvorrichtung zu versehen, oder die Pflanzen mit Kalk anzuspritzen. Vom Großh. Bezirksamt aus kam ein ähnlicher Bescheid und wurden zugleich die Fabriken angegeben, welche solche Pflanzenschutzkapseln liefern. Erst später im Hochsommer kam eine Aufforderung vom Großh. Bezirksamt, der Beschwerdeführer möchte den Schaden abschätzen lassen. Allein das war nicht mehr gut zu machen, da die Feldfrüchte so ziemlich herangewachsen waren, daß ein wirklich durch das Wild verursachter Schaden nicht gut festzustellen war; ebenso auch im Wald, wo neue Schosse und Triebe wieder vorhanden waren. Deshalb sagte der Beschwerdeführer, er verzichte auf die Abschätzung, da ihm der wirkliche Schaden doch bei weitem nicht bezahlt würde. So wurde auch einem andern armen Bürger das Gemüse durch das Wild zerstört, die Jagdpächter kamen nicht für den Schaden auf. Die Gemeinde stellte dem armen Mann dann ein Stück Acker zur Verfügung, daß er wieder Gemüse anpflanzen konnte."

Darum wird in Erwägung gezogen werden müssen, ob den Gemeinden bei Verpachtungen nicht ein weiterer Spielraum gewährt werden muß, selbstverständlich mit den nötigen Einschränkungen. Der Anschlag muß jedenfalls geboten werden. Wenn sich begründete Bedenken gegen den Höchstbietenden geltend machen, soll der Gemeinderat dem zweiten oder dritten den Zuschlag erteilen dürfen, aber nur mit Genehmigung des Bürgerausschusses und des Bezirksamtes. Ich glaube, da wären dann alle Bedenken beseitigt. Geholfen muß werden. Ich möchte nun noch den Wunsch einer Schlachtviehversicherung zum Ausdruck bringen, sowie den, für an Tuberkulose umstehende Tiere durch die Staatskasse eine Entschädigung zu gewähren. Dringende Wünsche hat man im Schwarzwald bezüglich der Verfälschung des Kirschenwassers. Ein Mißstand bildet auch die Preisnotierung für Getreide in Konstanz. Dort ist kein Getreidemarkt, die Preise werden ausschließlich von den Händlern festgestellt. Es wird dadurch der Hafereinkauf der Militärbehörde von den Landwirten erschwert. Es wäre richtig, wenn die Getreidepreise für Konstanz nach den Märkten der Umgebung festgestellt würden. Die Errichtung einer Landeskreditkasse halte ich gegenwärtig für unmöglich, hoffe aber wenn wir wieder eine bessere Finanzlage haben daß dann der Frage näher getreten wird. Zum Schluß möchte ich den Oberrheinkanal wieder in Erinnerung bringen. Er ist sehr wichtig für Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie. Man muß bedenken, welche Bedeutung heute elektrisches Licht, elrktrische Kraft, Motorbetrieb haben. Durch die Rheinregulierung und das damit verbundene Zurucktreten des Grundwassers wurden viele Landwirte sehr geschädigt, darum würde der Kanal auch der Landwirtschaft zur Be- und Entwässerung große Dienste leisten.

Abg. Müller: Es ist für mich erfreulich, daß der Titel Landwirtschaft, wie seit Jahren, schon so auch in dem vorliegenden Budget trotz der ungünstigen Finanzlage so reichlich ausgestattet ist. In diesen Becher der Freude fällt für mich aber ein starker Tropfen Wermut, und zwar deswegen, weil vom Jahre 1905 ab der Staatszuschuß zu den Kosten für die Herstellung des landwirtschaftlichen Wochenblattes in Wegfall kommen soll. Man war, was diese Budgetposition anbelangt, schon auf dem letzten Landtag nicht einerlei Ansicht, ein Teil der Herren Kollegen glaubte damals schon, wenn er auch den Budgetposten noch genehmigte, daß er in Zukunft in Wegfall kommen sollte. Nun man kann hier verschiedener Ansicht sein; ich meinerseits hätte gewünscht, daß diese Unterstützung, wie seit Jahren schon, auch fernerhin geleistet würde.

Das landwirtschaftliche Wochenblatt ist kein politisches, sondern ein Fachblatt, es beschäftigt sich in keiner Weise mit Politik, es bringt Artikel aller Art aus sachverstän-

digen Kreisen über alle Gebiete der Landwirtschaft und wirkt nach jeder Richtung hin belehrend und aufklärend in den landwirtschaftlichen Kreisen. Die Großh. Regierung glaubt, daß der landwirtschaftliche Verein vom Jahre 1905 ab in der Lage sein werde, die Kosten für das landwirtschaftliche Wochenblatt ohne zu erhebliche Belastung selbst aufzubringen. Ob das der Fall sein wird, wird die Zukunft lehren. Aber gesetzt den Fall, die Großh. Regierung hätte recht, so dürfte doch nicht zu bestreiten sein, daß die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Bezirksvereine ohne wesentliche Erhöhung der Jahresbeiträge kaum mehr auf allen Gebieten der Landwirtschaft eine so ersprießliche und segensreiche wird sein können, wie seither. Wir haben z. B. im landwirtschaftlichen Bezirksverein Weinheim jährlich eine Summe gegeben an die Kreiswinterschule in Ladenburg zum Zwecke des Ankaufs von Geräten und nützlichen Büchern als Prämien für die Schüler, ferner eine Summe für die Förderung des Fohlenmarktes in Sinsheim, eine Summe an den landwirtschaftlichen Verein im Gaugebiet, der eine landwirtschaftliche Ausstellung veranstaltet, ferner haben wir Maschinen und Geräte aller Art für den Verein selbst angeschafft, diese Artikel dann den Mitgliedern zur Verfügung gestellt und dazu beigetragen, das Interesse der Vereinsmitglieder für die technischen Verbesserungen aller Art auf dem landwirtschaftlichen Gebiet zu wecken und zu beleben. Für solche Zwecke haben wir gegen 1000 M. ausgegeben. Ob unser Verein — und wie bei uns in Weinheim, so wird es auch bei den anderen landwirtschaftlichen Bezirksvereinen sein — auch fernerhin in der Lage sein wird, in solcher Weise zu wirken, wenigstens in so intensiver Weise zu wirken, möchte ich sehr bezweifeln.

Die Lage unserer Landwirtschaft ist, wie allgemein anerkannt wird, seit Jahren schon eine sehr ungünstige. Seit Jahren schon kämpft sie einen schweren Kampf um ihre Existenz. Diese schlechte Lage ist besonders dadurch geschaffen worden, daß eben die Getreidepreise in keinem Verhältnis stehen zu den Produktionskosten dieses landwirtschaftlichen Erzeugnisses. Ich will dem Rate meines Freundes Klein folgen und nicht über den Zolltarif reden, desselben ist reichlich Erwähnung getan worden bei der Generaldebatte des Ministeriums des Innern. Ich habe auch meine Ansicht darüber auf dem letzten Landtag in eingehender Weise dargetan. Die Ansichten über diesen Punkt gehen in diesem Hohen Hause auseinander, sogar sehr weit auseinander, so daß, wie ich glaube, alle Bekehrungsversuche, die von der einen oder anderen Seite gemacht würden, erfolglos bleiben dürften. Es bildet sich eben jeder Mann seine Meinung wie in politischen, so auch in wirtschaftlichen Fragen, und bei dieser Meinungsbildung dürfte doch da und dort von bestimmendem Einfluß sein der Beruf, den sich ein Mann gewählt hat, und in welchen Kreisen ein Mann aufgewachsen ist, ob seine Wiege auf dem Lande oder in der Stadt gestanden ist.

Wir badischen Landwirte, ich glaube auch im Sinne des weitaus größten Teiles derjenigen Landwirte reden zu dürfen, welche den 7,5 Mark Zoll, welche eine Linderung der Viehzölle erreichen zu müssen glaubten, ich sage, wir Landwirte sind mit der Großh. Regierung im großen und ganzen zufrieden bezüglich ihrer Haltung zum Zolltarifgesetz. Ich möchte nur den Wunsch aussprechen, daß es der Reichsregierung bald gelingen möge, den neuen Zolltarif zur Anwendung zu bringen, auf Grund desselben Handelsverträge abzuschließen, von denen nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch unsere Industrie eine Besserung der gegenwärtigen Geschäftslage erwartet.

Nach der Rede, die der Herr Reichskanzler vor einem Monat bei dem Festessen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gehalten hat und nach einigen Zeitungsnotizen zu schließen, scheinen die Unterhandlungen mit den verschiedenen Vertragsstaaten einen wesentlichen Schritt nach vorwärts gebracht worden zu sein. Es wäre nur zu wünschen, daß bei den Viehzöllen nicht zu viel nachgegeben wird; auch würden die verbündeten Regierungen sich den Dank weiter Kreise im Volke verdienen, wenn es möglich wäre, auch dem Gärtnergewerbe, das bis jetzt im Tarife unberücksichtigt geblieben ist, einen der Bedeutung und der Notlage dieses Standes angemessenen Schutz zu erwirken.

Das letzte Jahr, das Jahr 1903, ist für unsere badische Landwirtschaft, wenigstens im Unterland, kein günstiges gewesen; die Obsternte ist fast überall schlecht ausgefallen, und das Getreide hatte einen so geringen Preis, wie es ihn kaum in den letzten 30 Jahren gehabt hat. Und dieser Preis wäre aller Wahrscheinlichkeit nach in manchen Gegenden des Landes noch geringer gewesen, wenn dort nicht die so günstig und segensreich wirkenden Getreidelagerhäuser und das Getreidebureau in Mannheim gewesen wären. Hier hat die Großh. Regierung durch Förderung dieser genossenschaftlichen Unternehmungen, durch Gewährung von Staatszuschüssen zur Errichtung dieser Lagerhäuser in den verschiedenen Teilen des Landes der badischen Landwirtschaft einen großen Dienst erwiesen. Die Landwirte in diesen Gegenden können doch ihre Produkte verkaufen. Sie bekommen gewöhnlich wenige Tage nach der Ablieferung ihr Geld und können dann ihren sonstigen Verpflichtungen nachkommen, und der Zudrang und die Zufuhr zu diesen sowie der Wunsch nach neuen Lagerhäusern wird von Jahr zu Jahr größer. Der Absatz war auch im letzten Jahre ein besserer wie in den Vorjahren. Ich habe hier vor zwei Jahren die Großh. Regierung gebeten, sie möge doch Schritte tun, daß die in Baden befindlichen Proviantämter mehr, wie es früher der Fall war, in Baden selbst ihren Bedarf decken möchten. Heute habe ich eine derartige Bitte nicht oder doch nur in beschränktem Maße vorzubringen. Ich kann wohl sagen, daß die Proviantämter, besonders die in Karlsruhe und Bruchsal, in jeder Beziehung dem Getreidebureau entgegengekommen sind. Sie haben das angebotene Getreide gerne abgenommen und mit dem billigeren Militärtarif befördert, wodurch nicht unerhebliche Ersparnisse gemacht wurden, welche den Lagerhäusern bezw. den Produzenten zu gute kamen. Es wäre hier nur noch zu wünschen, daß die Bezahlungen nach Quantität noch sorgfältiger, d. h. mit größerem Spielraum nach oben erfolgen würden, wie dies z. B. in Bayern geschieht. Auch dürften einige Proviantämter im Lande, z. B. das in Rastatt, immer noch etwas entgegenkommender sein. Im ganzen wurden vom Getreidebureau eingekauft: 580 Waggons Getreide der verschiedenen Arten um die Summe von 828 100 M. gegen 457 Waggons und 687 100 M. im Jahre 1902. Das Schmerzenskind beim Getreideverkauf war in diesem Jahre die Gerste. Eine große Ernte an Gerste, ein Rückgang im Bierkonsum brachten die Preise immer mehr zurück. In Baden selbst konnte fast nichts abgesetzt werden, die ganze Menge, 277 Waggons gegen 165 im Vorjahre, mußten nach auswärts verkauft werden. Es mag dies daher kommen, daß eben viele Wirte Gerstelieferanten an die Brauer geworden sind; vielleicht kommt es aber auch daher, daß die hierländischen Brauereien und Mälzereien den großen genossenschaftlichen Unternehmen nicht freundlich gegenüber stehen. Letzteres scheint da und dort der Fall zu sein; denn ich könnte mir sonst nicht erklären, wie ein größerer Brauer — den Namen

will ich nicht nennen — einem Agenten 60 M. pro Waggon mehr bezahlt für die gleiche Qualität und aus den gleichen Ortschaften stammend, als er an das Getreidebureau hätte bezahlen müssen. In dem betreffenden Geschäft ist der Reisende des Getreidebureaus sogar zweimal nicht zu einer Unterredung zugelassen worden. Es wird hier immer die Ausrede gebraucht, als ob man mit badischer Gerste kein helles Bier herstellen könne, als ob man dazu ungarische und mährische Gerste nötig habe. Ich bin nicht Fachmann, allein ich habe doch schon von Brauern gehört, daß man auch von badischer gut geernteter und richtig hergerichteter Gerste ganz gutes helles Bier herstellen könne.

Bekanntlich findet seit einigen Jahren auf Veranlassung der Großh. Regierung in Augustenberg eine Gerste- und Hopfenausstellung statt. Dieselbe war im letzten Jahre, was die Anzahl der Muster, die zum Preisbewerb ausgestellt waren, anlangt, nicht ganz so stark beschickt, wie das Jahr zuvor. Es waren nur 121 Proben gegen 161 im Jahre 1902. Schuld an diesem Rückgange ist aller Wahrscheinlichkeit nach der Umstand, daß in manchen Gegenden des Landes zur Zeit der Gerstenernte regnerisches Wetter war, wodurch die Qualität etwas not litt. Es wurden bei der Prämiierung, bei der die Kommissionen aus Landwirten, Brauern und Händlern zusammengesetzt waren, im ganzen 7 erste Preise zu je 15 M., 19 zweite zu je 10 M. und 27 Anerkennungen zuerkannt. Außerdem waren aber noch 200 nicht zur Preisbewerbung zugelassene Gerstenmuster ausgestellt, herrührend von den zum ersten Mal im Jahre 1903 im ganzen Lande vorgenommenen Anbauversuchen als verschiedenen Gerstensorten.

Wenn die Großh. Regierung auf diesem Wege weiter schreitet, so wird man jedenfalls in Bälde in der Lage sein, der oder jener Gegend für die oder jene Bodenart die geeignete Sorte Gerste zu empfehlen. Und wenn dann unsere Landwirtschaftslehrer noch mehr wie seither in ihren Vorträgen auf eine richtige Bodenbearbeitung und rationelle Düngung hinweisen, dann wird der Gerstenbau noch mehr zu einer Haupteinnahmequelle für unsere Landwirte werden, wie er es heute schon ist.

Was die Pferdezucht anbelangt, so nimmt dieselbe, wenigstens im unterbadischen Zuchtgebiete stetig zu und hat der Pferdebestand im Lande eine Höhe erreicht, die er nie vorher gehabt hat. Wir hatten nach dem statistischen Jahrbuch bei der Viehzählung 1900 75 605 Pferde, über 5000 mehr wie der Durchschnitt der vorhergehenden 10 Jahre. Der unterbadische Zuchtverband, der unter der Leitung des um seine Entwicklung so hoch verdienten Prinzen zu Löwenstein steht, hat sich das Ziel gesteckt, ein kräftiges, gängiges, tiefes und breites Arbeitspferd nach belgischem Muster zu züchten; daß ihm dies bis zu einem gewissen Grade gelungen ist, davon gibt den Beweis der Erfolg, den der unterbadische Zuchtverband auf der Mannheimer Ausstellung errungen hat, wo er bei starker Konkurrenz verschiedene erste und zweite Preise und sogar den ersten Züchterpreis für die ausgestellten Fohlen erhielt. Der Verband kann von Jahr zu Jahr auf eine immer größere Anzahl von Mitgliedern blicken; von Jahr zu Jahr wird auch die Zahl der im Zuchtregister eingetragenen Stuten eine größere.

Zur Förderung dieser Zucht ist aber immer noch nötig, daß gutes, erstklassiges Hengstmaterial und Stutenmaterial aus Belgien eingeführt wird. Die Großh. Regierung hat auch seit Jahren schon den Import guter Hengste und guten weiblichen Zuchtmaterials, guter Stutfohlen zu fördern gesucht und in dankenswerter Weise 120 M. Kaufpreisnachlaß pro Stück dieser Stutfohlen gewährt. Sie ist auch bereit gewesen, als infolge der starken Nachfrage nach diesen Fohlen diese immer teurer wurden und die Bestellungen zurückgingen, statt dieser 120 M. 20 Proz. des Ankaufspreises als Kaufpreisnachlaß auf die Staatskasse zu übernehmen bezw. Bestellern solcher Fohlen zu gewähren. Allein trotz alldem ist die Bestellung im letzten Jahre kleiner gewesen, wie je zuvor. Es kommt dies daher, daß, wie der Herr Berichterstatter auch in seinem Bericht ausgeführt hat, eine große Zahl von Stuten, die von den während der letzten 10 Jahre eingeführten zahlreichen Stuten abstammen, zur Zucht verwendet werden. Ein anderer Grund mag der sein, daß der mittlere und kleinere Landwirt infolge der schlechten Getreidepreise und des fast gänzlichen Ausfalls der Obsternte nicht gerade gut bei Kasse war, daß infolge des Eingehens der Pferdebahnen in den größeren Städten des Landes noch eine große Anzahl guter Stuten in den Besitz von Landwirten gekommen sind und von diesen zur Zucht verwendet werden. Ein weiterer Grund ist aber darin zu suchen, daß vielen Landwirten die Bedingungen, die sie bei der Uebernahme eines importierten Fohlens eingehen müssen, und die in einem zu unterschreibenden Revers niedergelegt sind, zu hart erscheinen. In diesem Revers verpflichtet sich ein solcher Uebernehmer, das Tier von vier Jahren ab alljährlich zur Zucht zu verwenden, bis zur Zuchtuntauglichkeit; er darf das Tier vor dieser Zeit nicht oder doch nur mit Genehmigung des Ministeriums des Innern und nur an einen badischen Züchter, der die oben angeführten Bedingungen eingeht, verkaufen. Nun gibt es aber auch Tiere, die $1^1/_2$jährig eingeführt, sich nicht so entwickeln, wie man geglaubt, andere verarten sich, andere werden gar nicht trächtig oder, nachdem sie vielleicht bis zum zehnten oder zwölften Jahre einige Fohlen geworfen haben, nicht mehr trächtig. Alle diese Tiere sind unter den jetzigen Bedingungen fast unverkäuflich. Es findet sich kaum ein Käufer für ein solches Tier, wenn es da oder dort, weil überzählig, feil ist. Ich möchte daher glauben, die Großh. Regierung sollte für die Zukunft den Erwerbern von solchen importierten und auch im Lande mit Staatshilfe angekauften Stutfohlen etwas mehr Freiheit einräumen und in den von Uebernehmern von solchen importierten Stutenfohlen zu unterzeichnenden Revers einen Paragraphen aufnehmen, worin denselben erlaubt sein soll, diese Tiere, wenn sie vielleicht das zwölfte Jahr erreicht haben, zu verkaufen. Der Besitzer eines guten Tieres wird von diesem Recht keinen Gebrauch machen; er wird selbstverständlich weiter züchten. Er wird wenig Lust dazu verspüren, seine Stute, die in diesem Alter schon bedeutend im Werte zurückgegangen ist, aber als Arbeitspferd noch vollständig leistungsfähig ist, zu veräußern. Das geringe Material aber, sowie das unfruchtbare, wird dann ausgeschieden und durch neues ersetzt werden. Ich möchte diese Frage der Großh. Regierung zur Erwägung anheimgeben. Ich bin fest überzeugt, daß sie, wenn sie auf meinen Vorschlag eingeht, viel zu einer gedeihlichen Weiterentwicklung der Pferdezucht beitragen wird.

Ferner möchte ich den Wunsch aussprechen, daß wie seither, so auch für die Zukunft Unterstützungen in der seitherigen Höhe von 45 M. gewährt werden für Fohlen, welche auf eine Weide gebracht werden und dabei von einem staatlich subventionierten Hengst oder einer prämiierten Stute abstammen.

Einen großen Dienst hat die Großh. Regierung der Pferdezucht bezw. der Pferdehaltung im Lande erwiesen durch die Einführung der Hufbeschlagschulen. Mit dem Hufbeschlag steht es in manchen Orten des Landes, wie

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

auch der Herr Berichterstatter schon ausgeführt hat, noch schlimm, oder aber überall ist ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen, wo junge Schmiede, die diese Hufbeschlagschulen mit Erfolg besucht haben oder die beim Militär als Schmiede gedient haben, mit dem Hufbeschlag zu tun hatten.

Was die Rindviehzucht anbelangt, so kann man wohl sagen, daß sie im ganzen Lande wesentliche Fortschritte zu verzeichnen hat. Zu dem oberbadischen Zuchtverband, der so Vorzügliches in der Züchtung des Simmenthaler Rindes geleistet, der von allen züchterischen Verbänden Deutschlands obenan steht, sind neue Verbände im Mittelland und im Bauland hinzugekommen. Die diesen Verbänden zugehörigen Genossenschaften kaufen einen großen Teil ihrer Farren in Simmenthal, die übrigen Landesteile beziehen sie aus diesen Zuchtgebieten, und besonders ist es der alljährlich im September in Radolfzell stattfindende Zuchtviehmarkt, der eine Masse Käufer aus dem ganzen Lande beizieht. Hier war bis vor zwei Jahren der Impfzwang eingeführt. Alle auf diesen Markt gebrachten Tiere mußten die Impfprobe auf Tuberkulose bestanden haben. Diese Probe wird jetzt nur noch für die männlichen Tiere verlangt; die weiblichen werden auch ungeimpft zugelassen. Viele Landwirte halten das für einen großen Fehler. Sie glauben, man hätte an dem Impfzwang auch für die weiblichen Tiere festhalten sollen, obgleich auch sie einsehen, daß der Impfzwang seine Schwierigkeiten hat. Jeder Käufer konnte eben früher sagen, wenn er eine Kalbin in Radolfzell gekauft hatte: ich habe ein tuberkelfreies Stück Vieh, ich kann jetzt darauf rechnen, daß ich einen guten und gesunden Stamm von Tieren davon züchten kann. Heute ist das anders, und ich glaube, daß mancher Käufer deswegen vom Markte wegbleibt. Man braucht sich auch gar nicht darüber zu wundern, denn es ist doch keine angenehme Sache für einen Züchter, wenn er um verhältnismäßig vieles Geld in Radolfzell eine Kalbin gekauft hat, und, wenn er sie heimgebracht hat und impfen läßt, erfahren muß, daß er ein krankes Stück Vieh im Stalle hat.

Zu begrüßen ist es, daß dank den energischen Maßregeln von Seiten der Großh. Regierung die Maul- und Klauenseuche im letzten Jahre nur vereinzelt im Lande aufgetreten ist. Ich möchte die Großh. Regierung dringend bitten, auch in Zukunft dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zu widmen, und wenn nötig mit aller Strenge vorzugehen, um die Seuche von unserem Lande fern zu halten, oder wenn sie einmal festen Fuß gefaßt hat, eine weitere Verbreitung zu verhindern. Sie kann sich dabei des Dankes der Viehbesitzer, wie auch der kleinen Händler im ganzen Lande versichert halten. Mit den Ausführungen meines Freundes Weygoldt in Beziehung auf die Bienenzucht kann ich mich vollständig einverstanden erklären.

Was die landwirtschaftlichen Winterschulen anbelangt, so erfreuen sich dieselben, wie ich aus dem Berichte ersehen habe, im ganzen Lande eines guten Besuchs. Ich möchte hier den Wunsch aussprechen, daß, wenn neue Bezirke sich um solche Schulen bewerben — es kann sich ja um keine große Anzahl mehr handeln —, man sie ihnen bewilligen soll. Es werden dadurch die anderen Schulen nicht geschädigt. Daß dies nicht der Fall ist, kann man aus dem Bericht ersehen. Im Jahre 1902 wurde die Schule in Mosbach errichtet. Früher mußten die jungen Leute aus dieser Gegend nach auswärts gehen; es kamen hier hauptsächlich Tauberbischofsheim und Eppingen in Betracht. Allein nach Errichtung dieser Schule, die schon im ersten Jahre von 35 jungen Leuten besucht wurde, hat die Schülerzahl in den beiden vorhin genannten Schulen nicht ab-, sondern zugenommen. Hieraus ergibt sich, daß eben die große Mehrheit der Söhne der Landwirte aus der Mosbacher Gegend vorher keine oder doch nur in sehr seltenen Fällen eine landwirtschaftliche Winterschule besucht haben. Hier sollte man nicht engherzig sein, sondern man sollte noch weitere Gegenden des Landes mit solchen Anstalten ausstatten, und den Landwirten Gelegenheit verschaffen, ihre Söhne tüchtig ausbilden lassen zu können. Ich möchte hier für das Unterland Sinsheim oder Neckarbischofsheim nennen. Wenn dort Schulen errichtet würden in diesen fast rein Landwirtschaft treibenden Bezirken, so würden sie sicher gut besucht werden und dazu beitragen, schon in kurzer Zeit die Landwirtschaft in dortiger Gegend zu heben. Die ehemaligen Schüler der landwirtschaftlichen Winterschulen sind heute schon in vielen Gemeinden des Landes die führenden Köpfe; sie sind eher zugänglich für Neuerungen und Verbesserungen aller Art im landwirtschaftlichen Betrieb, als wie diejenigen, die solche Schulen nicht besucht haben. Dabei möchte ich abermals einen schon auf dem letzten Landtage ausgesprochenen Wunsch wiederholen, nämlich den, eine der beiden Schulen auf Augustenberg oder auf der Hochburg weiter auszugestalten und so einzurichten, daß junge Leute im Alter von 15 oder 16 Jahren in diese Schulen aufgenommen, auf technischem wie wissenschaftlichem Gebiet unterrichtet werden, und wenn sie dann diese Anstalten vier Jahre mit Erfolg besucht haben, das Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis erhalten können. Es werden diese Anstalten in erster Linie, ja, ich darf wohl sagen, ausschließlich von den Söhnen gut situierter, größerer Landwirte besucht werden, deren Güter und Wohnorte zu weit von den Städten, die Mittelschulen haben, entfernt liegen, um die letzteren besuchen zu können. Wir müssen unseren Landwirten die Möglichkeit verschaffen, eine höhere Bildung, ein intensiveres Wissen sich anzueignen. Sie werden dann, auch wenn die Zeiten ungünstig für sie sind, mehr Vertrauen zu sich selbst, zu ihrem Beruf gewinnen, sie werden nicht so leicht die Flinte ins Korn werfen, wenn die Zeiten einmal ungünstig sind.

Sehr viel zur Hebung der Landwirtschaft tragen bei die landw. Ausstellungen, die Gau-Ausstellungen im kleinen, die Landesausstellungen, die Ausstellungen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft im großen. Von Ausstellung zu Ausstellung kann man wahrnehmen, daß auf fast allen Gebieten Fortschritte, manchmal große Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Großh. Regierung hat auch diese Ausstellungen im Lande in dankenswerter Weise mit erheblichen Mitteln unterstützt. Ich möchte nur an die Ausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Mannheim im Jahre 1902 erinnern, wo sie nicht nur die badischen Aussteller unter Zustimmung dieses hohen Hauses mit 40 000 M. unterstützt, sondern sich selbst an der Ausstellung beteiligt und auf statistischem und wissenschaftlichem Gebiet das interessanteste ausgestellt hat, und ich glaube, daß mancher, der vielleicht in dem Wahne befangen war, als ob die deutsche Landwirtschaft rückständig geblieben, als ob sie nicht mit der Zeit vorwärts geschritten sei, der ist durch das, was hier an ausgestelltem Vieh aller Art, auf technischem, wie wissenschaftlichem Gebiet geboten war, von diesem Wahn befreit worden ist. Erfreulich und dankenswert ist es, daß auch in diesem Budget für die im nächsten Jahre in Aussicht genommene Ausstellung in München eine Summe von 30 000 M. eingestellt ist, um den badischen Ausstellern die Beschickung dieser Wanderausstellung zu erleichtern.

In diesem Jahre findet bekanntlich eine große Weltausstellung in St. Louis statt, wozu die badische Regierung zwei Sachverständige schicken will. Ich möchte der Großh. Regierung die Frage zur Erwägung anheimgeben, ob es nicht in unserem Interesse läge, auch einen Vertreter der badischen Landwirtschaft, einen tüchtigen Landwirtschaftslehrer, auf Staatskosten dorthin zu schicken, der den landwirtschaftlichen Teil dieser Ausstellung studieren und dann das für unsere Verhältnisse Passende vorteilhaft und segensreich im Lande verwenden könnte.

Es dürften hierzu nur einige tausend Mark nötig sein, und diese sollte man doch noch aufbringen können. Der Herr Minister hat letzten Samstag in Beziehung auf das Handwerk gesagt, daß dieses einer besseren Bildung bedürfe nach der technischen, wie auch nach der kaufmännisch rechnerischen Seite hin. Was hier vom Handwerk gesagt ist, gilt auch von der Landwirtschaft. Auch der Landwirt muß neben der Kenntnis seinen Arbeiten auf den verschiedensten Gebieten der Landwirtschaft die nötige Bildung haben, um durch eine praktische Benützung von Geräten und Maschinen aller Art, durch Anwendung der richtigen Düngermittel, durch eine rationelle Fütterung usw. seinem Betrieb den größtmöglichen Ertrag abzugewinnen.

Sorgen wir dafür, daß an Stelle der Mutlosigkeit, die da und dort im landwirtschaftlichen Gewerbe Platz gegriffen hat, wieder mehr Selbstvertrauen tritt, daß unsere Landwirte und besonders die kleinen, nicht mutlos den Kampf aufgeben, die Stätte ihrer Geburt, die väterliche Scholle, das platte Land verlassen und in die Industriezentren ziehen, um da bei günstiger Geschäftslage vielleicht für eine Zeit lang guten Verdienst und bessere Lebensbedingungen zu finden, bei Krisen aber vom Regen in die Traufe zu kommen, sondern daß sie mit Energie und Kraft diesen Kampf weiter führen, bis auch hier wieder bessere Zeiten für sie kommen werden; es wird dies nicht zum Schaden des Landes sein. (Beifall.)

Abg. Morgenthaler: Ich werde als Vertreter des Bauernvereins nicht bloß Beschwerden und Klagen vorbringen, sondern auch Worte der Anerkennung finden und nach wie vor der Selbsthilfe das Wort reden. Im Budget steht ja die Wissenschaft in erster Reihe. Ich will mich über die Winterschulen nicht weiter auslassen, ich kann nur allem Gesagten beipflichten. Es wird sich vielleicht empfehlen, die jungen Burschen einen zweiten Kurs in der Winterschule durchmachen zu lassen. Wenn sie reifer sind, haben sie mehr Interesse, überlegen sich die Sache besser und können ihre Kenntnisse in der Praxis dann besser verwerten.

Die Viehzucht ist ein wichtiger Teil der Landwirtschaft. Auch da kann ich der Regierung für das, was sie zur Hebung dieses Zweiges getan hat, vor allem durch Herbeischaffung von gutem Zuchtmaterial, nur meine Anerkennung aussprechen. Dadurch wurde es möglich, einen Viehstand zu erhalten, den man früher nicht kannte. Es wird nur mißlich empfunden, daß immer neues Zuchtmaterial vom Ausland eingeführt wird. Ich will es dahin gestellt sein lassen, ob die Wissenschaft Recht hat, wenn sie dies für nötig hält. Ich bitte aber die Regierung, hier nicht weiter zu gehen als bisher. Es sollte den Gemeinden jedesmal Mitteilung gemacht und ihnen eine gewisse Selbständigkeit gelassen werden. Ich möchte auch der Regierung meine Anerkennung für die Pflege der Aufzucht des Jungviehs aussprechen. Wenn die jungen Tiere Gelegenheit haben, sich frei zu bewegen, entwickeln sie sich viel besser. Ich bitte aber die Regierung, bei der Versicherung dieser Tiere eine Aenderung vorzunehmen. Der Besitzer eines Tieres glaubt, wenn er seine Prämie bezahlt hat, das Tier sei gegen alle Unfälle versichert. Da bin ich jedoch eines anderen belehrt worden. Vor drei Jahren hatte ich ein Rind auf der Weide. Als ich es am Schluß der Weide selbst holen wollte, sah ich, daß es ein Horn abgebrochen hatte. Auf meine Meldung erklärte mir der Regierungsvertreter, daß hierfür nichts vergütet werden könne. Uebrigens mache der Verlust des Horns doch nichts aus. Er macht aber doch insoferne etwas aus, wenn man das Tier verkaufen will. Ich bitte die Regierung es dahin zu bringen, daß auch solche Fälle entschädigt werden können.

Im engen Zusammenhange mit der Viehhaltung steht die Milchwirtschaft. Es sind aber nicht überall Molkereigenossenschaften, und es ist nicht überall Gelegenheit zur Verwertung der Milch. Der Milchpreis ist vielfach noch zurück. In manchen Gegenden wird heute noch die Milch für 12 Pf. der Liter verkauft. Es haben sich schon Bewegungen zur Erhöhung des Milchpreises geltend gemacht. Von den Konsumenten wird dann aber die Presse benützt, um hiergegen Front zu machen. Der Preis von 16 Pf. ist aber durchaus nicht so hoch. Für Bier, das viel weniger Nährwert hat als Milch, zahlt man gern 20 Pf. und mehr, findet es aber zu hoch, wenn man für einen Liter Milch 16 Pf. bezahlen soll. Die Konsumenten sollten hier den Landwirten entgegenkommen. Die Regierung möge die Molkereigenossenschaften auch fernerhin unterstützen.

Bezüglich der Landschaft ist die Weinfrage schon ziemlich ausführlich besprochen worden. Die Rebbauern sind wirklich schlecht daran. Sie haben mit sehr viel Schwierigkeiten zu kämpfen, namentlich mit den Rebschädlingen und dann werden ihre vielen Mühen oft durch einen schlechten Herbst zu nichte gemacht. Es wurde mit Recht hervorgehoben, daß gerade die besseren Weine sehr schlechten Absatz finden. Es ist mir selbst ein Fall bekannt, der beweist, welcher Unfug damit getrieben wird, daß Weine unter anderem Namen verkauft werden. Der Umstand, daß z. B. als Affenthaler Weine solche Weine verkauft werden, die im Affenthal nicht gewachsen sind, verursacht einen doppelten Schaden, nämlich einmal den, daß die Weine am Orte selbst nicht gekauft werden und dann, daß der Ruf des Weines durch Verkauf schlechteren Weines unter jenem Namen geschädigt wird. Der Weinbau ist in Baden sehr zurückgegangen.

Die Anbaufläche von Wein betrug in Baden im Jahr 1895 21230 Hektar, 1897 noch 19690 Hektar, also ein Rückgang von 1540 Hektar = 7,1%.

Die Einfuhr von Wein betrug 1897 66862 Tonnen, Wert Mk. 34709000, 1900 75300 Tonnen, Wert Mk. 38099000, 1899 Traubeneinfuhr 39399 Tonnen, Wert Mk. 19713000, 1899 Rosineneinfuhr 28345 Tonnen, Wert Mk. 11621000.

Die großen Zahlen über die ausländische Einfuhr beweisen nur, wie notwendig der Schutzzoll auf Wein ist. Ich will auch hoffen, daß die reichseinheitliche Kellerkontrolle sich ermöglichen läßt.

Mit dem Wein in enger Verbindung steht das Kirschwasser. Es ist bereits seitens des Herrn Berichterstatters darauf hingewiesen worden, daß der Preis des Kirschwassers sehr gering ist. Dabei gibt es auf dem Lande noch große Vorräte von altem echtem Kirschwasser. An dem Preisrückgang tragen eine große Schuld die gewerbsmäßigen Brennereien, die ihre Händler aufs Lan

hinaus schicken und dort Kirschwasser in verschiedenen Qualitäten verkaufen lassen. Die Tatsache, daß von diesen das Kirschwasser in verschiedenen Qualitäten hergestellt wird, beweist, daß es sich nicht um reines Kirschwasser handelt, sondern daß mit Zusatz anderer Substanzen gearbeitet wird. Die Großh. Regierung würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie helfend und unterstützend vorgehen würde beim Verkauf des echten Kirschwassers, denn es ist eine große Mühe für den Bauern, zunächst überhaupt die Kirschen zu brechen, außerdem lastet eine große Brennsteuer auf dem Kirschwasser. Früher war es eine sehr willkommene Nebeneinnahme für den Bauern, jetzt ist diese sehr in Frage gestellt.

Ich komme nun auf ein anderes Produkt der Landwirtschaft, das heute noch nicht gestreift wurde, es ist der Hanf, der früher in so großem Umfange gebaut wurde. Es ist bedauerlich, daß dieser früher so stark ausgebildete Anbau jetzt so weit zurückgegangen ist. Nach einer Berechnung des Archivrats Bader wurde im Jahre 1836 im Amt Kehl noch für 1 Million Gulden Hanf gebaut. Auch in meiner Gegend wurd früher sehr viel Hanf gebaut, und es ist zu bedauern, daß dem Bauer die Abfälle desselben, die ein gutes Brenn- und Streumaterial gaben, nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Rückgang des Hanfbaues ist auf die Einführung des ausländischen, namentlich italienischen Hanfes zurückzuführen, auch darauf, daß durch die Spinnereien mit Vorliebe ausländischer Hanf, der etwas säuberer ist als der einheimische, verwendet wird. Dazu kommt, daß auch auf dem Lande das Spinnen nachgelassen hat. Zuerst hat man das Werg den Spinnereien gegeben, dann auch den Hanf und schließlich hat man überhaupt das Spinnen aufgegeben und das Tuch gleich von der Fabrik bezogen. Es ist bedauerlich, daß das Spinnen in unserm Lande so abgenommen hat. Ich möchte dankbar anerkennen, daß Ihre Königliche Hoheit die Frau Großherzogin es sich sehr angelegen sein läßt, das Spinnen mit allen Mitteln zu unterstützen und wieder zu heben. Die vorjährige Ausstellung in Karlsruhe hat gezeigt, daß wir noch viele reiche Schätze an selbstgesponnenem Tuch besitzen, und es wäre sehr wünschenswert, daß durch diese Veranstaltung wirklich die Liebe zum Spinnen wieder mehr wachgerufen wird. Daß der Hanfbau in Baden zurückgegangen ist, das beweisen die Zahlen. Im Jahre 1865 waren 9360 Hektar, im Jahre 1897 980 Hektar, also rund nur noch 10 Prozent landwirtschaftlicher Boden mit Hanf bebaut wird. Der Tabakbau ist ja auch im Rückgang begriffen. Im Jahre 1896 waren 8601, im Jahre 1900 6201 Hektar, also 28 Prozent weniger mit Tabak bebaut. Es ist nur zu bedauern, daß es nicht gelungen ist, den Zollsatz für Tabak zu erhöhen, denn der Unterschied zwischen Zoll und Steuer ist den Verhältnissen nicht entsprechend. Die Steuer beträgt 45 M. pro Zentner, dagegen der Zoll 85 M. Dieser Unterschied von nur 40 M. ist zu gering, wenn man in Betracht zieht, daß der ausländische Tabak nur halb so viel Rippen hat wie der inländische (15 gegenüber 30) und 20 Prozent spezifisches Gewicht weniger. Der Antrag des Bauernvereins, den Zoll von 85 auf 125 M. zu erhöhen, ist leider nicht durchgegangen. Gerade der badische Tabakbau leidet sehr viel darunter, daß viel ausländischer Tabak eingeführt wird. Der Rebbau, der Tabakbau, der Zichorienbau ist zurückgegangen, der Hanfbau ist sogar fast verschwunden. Da bleibt für den Landwirt nichts übrig, als der Futter- und Getreidebau. Der Getreidebau ist bekanntlich nicht lohnend, die für das Getreide bezahlten Preise sind nicht genügend. Ich hoffe zwar, daß der neue Zolltarif mehr Einnahmen bringt, große Mehreinnahmen verspreche ich mir aber nicht. Die Einfuhr von ausländischem Getreide nimmt immer größere Dimensionen an.

Es ist heute auch schon der Nebenbetriebe der Landwirtschaft, der Bienenzucht und des Obstbaues gedacht worden. Unsere Landwirte geben sich Mühe, auch diese Nebenbetriebe zu heben, und sind der Großh. Regierung dankbar für die Unterstützung, die sie hier leistet.

Bezüglich des Wildschadens wird es sich empfehlen, sich der landwirtschaftlichen Bevölkerung etwas mehr anzunehmen. Die Klagen über einen all zu großen Wildstand findet man überall, auch in meinem Bezirk. Die Pächter sollten dahin gebracht werden, daß sie den Wildschaden entsprechend vergüten. Jedenfalls wird die Regierung Mittel und Wege zu einem Entgegenkommen und zum Schutze der Landwirte hier finden.

Die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung wird von unsern Landwirten etwas hart empfunden, besonders wegen der alljährlich steigenden Beiträge und der ungleichmäßigen Einschätzung in den verschiedenen Klassen. Man sollte mehr Klassen haben, nicht blos 5, sondern mindestens 10.

Bezüglich des Hanfbaues möchte ich noch einen Wunsch nachtragen. Die Großh. Regierung hat sich vor etwa zwei Jahren bemüht, unsern Hanf bei der Marineverwaltung behufs Verwendung zu den Schiffstauen zu empfehlen. Die hierauf angestellten Versuche haben ergeben, daß der badische Hanf sich am besten bewährt. Trotzdem soll in der letzten Zeit die Nachfrage etwas nachgelassen haben. Ich möchte der Großh. Regierung anheim geben, ihrerseits zur Förderung des Hanfabsatzes das Weitere zu tun.

Ich habe die zuversichtliche Hoffnung, daß wenn unsere Landwirte einerseits sich auf allen möglichen Gebieten bemühen, sich durch Selbsthilfe zu heben, und andrerseits die Großh. Regierung die Interessen der Landwirtschaft fördert, diese dann besseren Zeiten entgegengeht, und dadurch ermöglicht wird, daß die Landflucht schwindet und die Arbeiter mit mehr Lust und Liebe bei der Landwirtschaft bleiben. Der Zug in die Stadt bringt die Leute von der Landwirtschaft ab; jetzt hat man alle Mühe, Arbeiter zu erhalten. (Beifall.)

Abg. **Geppert**: Im Anschluß an die Ausführungen des Berichterstatters über den Weinbau möchte ich bemerken, daß sehr darüber geklagt wird, daß es mit dem Absatz der Rotweine nicht mehr gehen will. Es ist ein derartiger Rückgang der Preise zu konstatieren, daß man es den Landwirten nicht übel nehmen darf, wenn sie das Gefühl haben, daß sie von dem Rotweinbau mehr und mehr abkommen und daß sogar der Burgunderrebbau eingeschränkt werden müsse. Sehr geschadet hat der durch das neue Weingesetz erlaubte Verschnitt von weißen und Rotweinen, der unter dem früheren Weingesetz von 1892 nicht gestattet war.

Dies war ein Entgegenkommen gegen Italien, als ihm der französische Markt verschlossen war. Wir haben damit uns vom Rotweinbau einen schlechten Dienst erwiesen. Durch den Verschnitt kommt ein großes Mehrquantum Rotwein auf den Markt und übt einen nachteiligen Einfluß auf die Preise aus. Nebenher geht die ernste Gefahr, daß das Interesse für unsre Rotweine sehr zurück gegangen ist. Die Klagen hierüber haben sogar bei der Reichsregierung ein williges Ohr gefunden. Graf Posadowsky hat die Maßnahmen getroffen, daß nur

deutsche Rotweine in den Krankenhäusern verwendet werden sollen. Die Einfuhr von roter Traubenmaische findet zu dem unerhört niedrigen Zoll von 4 M. pro Doppelzentner statt. Man darf hoffen, daß dieser Zoll verschwinden wird. Italien wird auf dem Gebiete des Weinbaues keine Konzessionen erhalten, wohl aber auf dem des Obstbaues. Italien wird ja der schlafende Riese im Obstbau genannt. Bei den Winzern könnten durch Selbsthilfe diese Mißstände wenigstens eingeschränkt werden. Wir müssen den Qualitätsweinbau mehr forcieren. Allmählich wird man die Rebanlagen geringerer Qualität ausmerzen müssen. Die Erträgnisse derselben können die Qualität eines ganzen Herbstes herunter drücken. Die Ausmerzung wäre aber nur durch Winzergenossenschaften möglich, die bei uns noch keinen festen Fuß fassen können. Aber auch für sie wird bald die Zeit kommen. Hoffentlich bringt der Zolltarif hier einen Umschwung, andernfalls stehen wir vor einer ernsten Gefahr für den Rotweinbau. Man hat in Winzerkreisen gute Erwartungen in Bezug auf das neue Weingesetz mit seiner Kellerkontrolle geknüpft. So lange diese Kontrolle aber nicht einheitlich im Reich ausgeführt wird, kann kein gleichartiges Resultat herauskommen. Hier kann man nicht sagen: Getrennt marschieren und vereint schlagen. In gewissen Gegenden wird gegen die Weinschmiere scharf vorgegangen, Was aber auf dem Wege der erlaubten Verbesserung des Weins unerlaubter Weise geschieht, kann man durch die Kellerkontrolle nicht feststellen. Der Richter ist auf das Urteil der Chemie angewiesen. Der Wasserzusatz kann sehr verschleiert werden und durch Zusatz chemischer Produkte vor der Herbstgährung wird die Analyse sehr schwierig. Neben der Probe sollte ein Ausweis über Ein- und Ausfuhr verlangt werden.

Der Betrieb der Eichenrindenschälung befindet sich in einer sehr schlechten Lage. Von Rente und Arbeitsentlohnung kann keine Rede sein. Der Zolltarif hat einen Satz von M. 7 für Grubenhölzer vorgesehen. Bei den entgegenstehenden Intessen der Lederindustrie kann dieser Satz kaum aufrecht erhalten werden. Man muß nur wissen, wie die Leute an den steilen Hängen die Rinde gewinnen, um begreifen zu können, daß die Leute recht geängstigt und betrübt in die Zukunft blicken. Ich empfehle sie ganz besonders der Aufmerksamkeit der Regierung.

Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß wir in drei Jahren zu einer Einzehrung des Hagelversicherungsfonds bis zu 548 000 Mk. kommen könnten. Die Zahlen für 1903 liegen ja noch nicht vor. Vielleicht ist aber die Regierung in der Lage sie heute schon mitzuteilen. Wenn sie sich in den Grenzen von 1902 halten, ist also der halbe Fond schon aufgezehrt. Der Vertrag mit der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft muß doch ziemlich ungünstig wirken. Ich bitte die Regierung zu erwägen, ob es nicht an der Zeit wäre, in den ordentlichen Etat jeweils die früheren Raten für den Fonds von je 50 000 M. einzustellen.

Noch einige Worte möchte ich sagen über die Befriedigung des Personal- und Realkredits in der Landwirtschaft. Es muß dankbar anerkannt werden, daß die Regierung mit Hingabe von 1½ Millionen an die landwirtschaftlichen Darlehenskassen aus der Amortisationskasse zu billigem Zinsfuß in das Mittel getreten ist, um den Personalkredit in der Landwirtschaft zu fördern. Es ist ungemein wertvoll, daß der Landwirt bei der Unverkäuflichkeit seiner Produkte keine Vermögenseinbuße erleidet. Nicht so gut scheinen mir die Verhältnisse auf dem Gebiete des Realkredits zu liegen. Wenn nicht da unsere Spar- und Vorschußvereine in das Mittel treten würden, dann ginge es auf diesem Gebiete sehr knapp her. Ich möchte dabei darauf hinweisen, daß die Bestimmung der Rheinischen Hypothekenbank, daß die Darlehen nur gewährt werden bei ⅔ liegenschaftlichem Besitz, recht hart empfunden wird, namentlich in den Rebbau treibenden Gegenden, wo der landwirtschaftliche Besitz nicht ⅔ betragen kann.

In bezug auf den Obstbau stehen wir vor einer großen Aufgabe. Hier eröffnet sich ein Gebiet, wo der Landwirt nicht zu befürchten braucht, daß in den nächsten Jahren eine Ueberproduktion stattfindet, im Gegenteil es mehren sich von Jahr zu Jahr die Einfuhr und die Summen, die in das Ausland gehen. Was geschehen kann, will ich nur kurz andeuten. Amerika hat uns ein glänzendes Beispiel gegeben, wie man den Anreiz zum Obstgenuß steigern muß. Die Aerzte empfehlen ja allenthalben den Obstgenuß als förderlich und bekömmlich. Da wo der Obstgenuß besteht, da gibt es keine Alkoholfrevler. Bedenken Sie, daß die breite Masse des Volkes in den großen Städten dem Obstgenuß nicht huldigen kann, weil die Preise für das Obst bisher vielfach zu hoch sind. Der deutsche Obstbau muß es dahin bringen, daß auch der Tisch des Arbeiters mit Obst ausgestattet werden kann. Sehr viel ist noch zu tun auf dem Gebiet der Sortierung der Obstsorten und für den Anschluß an unsre Marktbedürfnisse und an unsre Handelsverhältnisse. Der Herr Berichterstatter hat mit Recht gesagt, wir beherrschen den Markt noch nicht. Wenn wir das wollen, dann bedarf es noch vieler und anhaltender Arbeit. Mit Hilfe der Regierung sind wir zu einer Zentralabsatzstelle in Bühl gekommen. Die Erfahrungen, die dort gesammelt werden, werden der Regierung ein ungemein wertvolles Material liefern. Die Arbeit auf diesem Gebiet ist groß und der Arbeiter sind wenig. Es wäre sehr zu begrüßen, daß ein weiterer Landwirtschaftslehrer speziell für Obstbau angestellt würde. Dieser könnte dann praktische Verwendung finden als Geschäftsführer für die Zentralvermittlungsstelle in Bühl. Gerade im Obstbau wird nicht genug für Belehrung und Aufklärung gesorgt, obwohl das Volk dafür empfänglich ist. Ich habe es sehr bedauert, daß das Gesetz über Bildung einer Landwirtschaftskammer nicht hat vollzogen werden können. Es hat ja in diesem Hause eine zustimmende und wohlwollende Aufnahme gefunden. Formell ist ja das Gesetz gefallen wegen einiger unwesentlicher Meinungsverschiedenheiten, die wir mit dem andern Haus hatten. Tatsächlich ist es aber nicht gefallen, denn bei einer andern Geschäftslage des Hauses wären wir zu einer Uebereinstimmung gekommen. Ich habe es für einen besonders glücklichen Griff des Herr Ministers gehalten, daß er uns mit diesem Gesetzentwurf entgegengekommen ist, und es hat dieser in den Kreisen der Beteiligten auch allseits Verständnis und Anerkennung gefunden. Ich muß dankbar erwähnen, was der Landwirtschaftsrat bisher in Bezug auf die landwirtschaftlichen Interessen geleistet hat, immerhin ist diese Einrichtung nur aufgebaut auf etwa ⅓ der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Dazu kommt, daß es sich nur um eine durch Verordnung eingesetzte Institution handelt, nicht um eine gesetzliche wie die Landwirtschaftskammer. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn der Gesetzentwurf über die Errichtung einer Landwirtschaftskammer wieder in greifbare Nähe rückte, denn es würde dadurch das Solidaritätsgefühl gehoben und den Interessen der Landwirtschaft ein mächtiger Vorschub geleistet werden und es würde dadurch geholfen werden im Organisieren und Sammeln zum Segen der Landwirtschaft.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Minister des Innern Dr. **Schenkel**: Wenn bei der heutigen Verhandlung wiederum hervorgehoben worden ist, was von den staatlichen Organen und Anstalten und mit Zuschüssen aus der Staatskasse zur Förderung der Landwirtschaft geleistet wird, so ist anderseits, zu allseitiger Befriedigung, auch festgestellt worden, daß mit all diesen umfangreichen Mitteln doch nichts wesentliches für die Landwirtschaft geschehen könnte, wenn nicht aus den beteiligten Kreisen der Landwirtschaft selber heraus mit eifrigem Streben und mit voller Erkenntnis des Nötigen gleichfalls eine umfassende Tätigkeit entfaltet würde. Es hat namentlich der Herr Berichterstatter ein anschauliches Bild darüber entworfen, wie zahlreiche und wohlbefestigte Organisationen in der Landwirtschaft in diesem Sinne wirken. Von einer Anzahl der seitherigen Redner ist denn auch anerkannt worden, daß es der Landwirtschaft, wenn auch ihre Verhältnisse immer noch schwierige sind, doch noch in mehreren Gebieten ihres Schaffens besser geht. Wenn wir sehen, welche Fortschritte die Viehzucht, der Obstbau usw. für unsere mittleren und kleinen Landwirte erzielt hat unter tätiger Mitwirkung der Regierung und der genossenschaftlichen Organe, so wird man doch anerkennen müssen, daß von einer allgemein verbreiteten Notlage der Landwirtschaft nicht gesprochen werden kann. Es gibt doch auch eine Anzahl von Lichtpunkten, die hoffentlich noch heller werden. Namentlich ist von der beabsichtigten Einführung der Getreidezölle zu erwarten, daß auch der Getreidebau wieder lohnender werde, wie das schon jetzt der Fall ist; in dieser Richtung ist ja in der letzten Zeit auch die Selbsthilfe mit Unterstützung der Regierung schon erfolgreich vorgegangen, indem die neugegründeten Absatzgenossenschaften mit Lagerhäusern, an der Spitze die Zentrale des Konsumvereinsverbands, darauf bedacht sind, den Landwirten einen raschen Absatz des Getreides gegen gut und bald bezahlte Preise zu ermöglichen.

Außer manchen berechtigten Wünschen im einzelnen besteht eigentlich nur ein allgemeiner und großer Mißstand, nämlich die Leutenot, die bedauerliche Tatsache, daß überall da, wo die Landwirte mit fremden Kräften arbeiten müssen, es schwer ist, zu angemessenem Lohne gute Arbeitskräfte zu erhalten. Ein wirksames Mittel gegen diese Leutenot hat indes noch von keiner Seite ausfindig gemacht werden können. Vielleicht wird die eben überstandene Krisis in der Industrie hier einen Einfluß ausüben, indem sie wenigstens für einige Zeit verhindert, daß noch ein weiterer Abfluß von Arbeitskräften nach der Industrie stattfindet.

Im großen und ganzen sind heute tiefgreifende Beschwerden nicht laut geworden, vielmehr nur eine Reihe von Anregungen im einzelnen kundgegeben worden, deren Beantwortung ich meinen Herrn Referenten überlassen kann. Ich möchte mich auf wenige Punkte beschränken. Eine Hauptbeschwerde richtet sich dagegen, daß der seither gewährte staatliche Zuschuß für das „Landwirtschaftliche Wochenblatt" in Zukunft wegfallen soll. Wir haben selbst nur mit gewissem Bedauern diesen Wegfall verfügt; es waren aber zwingende Gründe, die uns hierzu veranlaßten. Auch in diesem Budget ist nämlich das Bedürfnis hervorgetreten, eine Reihe von Anforderungen für die Landwirtschaft zu erhöhen, z. B. für die Kornlagerhäuser, für das tierhygienische Institut in Freiburg und in einem noch anzubringenden Nachtrag für den Bau einer neuen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Augustenberg. Wir mußten sehen, wie die dadurch bedingten Erhöhungen durch Abstriche ausgeglichen werden konnten. Deshalb wurde der Zuschuß für das „Landwirtschaftliche Wochenblatt" gestrichen. Es ist anzuerkennen, daß das „Landwirtschaftliche Wochenblatt" seither sehr nützlich und erfolgreich gewirkt hat, indem es nicht bloß als amtliches Verkündigungsblatt benützt wurde, sondern auch einer Reihe praktisch sehr belehrender Darstellungen enthält und in seinem Anzeigeteil den Landwirten außerordentlich billig den Bezug und Absatz seiner Erzeugnisse und Bedürfnisse vermittelt. Allein der Landwirtschaftliche Verein steht doch selbständiger da, wenn er die Kosten des „Landwirtschaftlichen Wochenblatts" in Zukunft aus eigenen Mitteln bestreitet. Wir sind überzeugt, daß dies geschehen kann, ohne daß die landwirtschaftlichen Vereine zu sehr in Anspruch genommen werden, und ohne daß sie ihre sonstigen Aufwendungen wesentlich zu mindern gezwungen sind. Der Landwirtschaftliche Verein wird ja nach den seither gemachten Erfahrungen wohl in der Lage sein, den Ausfall größtenteils zu decken durch Ersparnisse an den Aufwendungen für Papier und dergleichen, und vielleicht auch durch eine billige Erhöhung der Gebühren für die Inserate. Der Landwirtschaftliche Verein darf in dem Wegfall des Staatszuschusses, dessen materielle Wirkung übrigens erst vom Jahre 1905 an zum Ausdruck kommen werden, eher eine Anerkennung seiner selbständigen Stellung und der ihm innewohnenden eigenen Kräfte als eine auf minderer Schätzung seiner eigenen Kräfte als eine auf mindere Schätzung seiner Wirksamkeit beruhende Maßnahme erblicken. Ich hoffe, daß das „Landwirtschaftliche Wochenblatt" auch in Zukunft mit dem gleichen Nutzen für die Landwirtschaft, wie seither, erscheinen wird, und ich kann zusichern, daß die Großh. Regierung ihm auch fernerhin das alte Wohlwollen erhalten und es tunlichst fördern wird.

Sodann haben der Herr Berichterstatter und der Herr Abg. Morgenthaler Beschwerden über den allzugroßen Wildschaden vorgebracht. Diese Beschwerde scheint mir in dem von den beiden Herren erhobenen Umfange doch nicht vollständig durch die Tatsachen begründet. Wir haben allerdings im großen und ganzen gut bestandene Jagden mit einem teilweise reichen Wildstand. Die dadurch erzielte gute Verpachtung der Jagden liegt aber nicht nur im Interesse der Gemeinden, denen dadurch große Einnahmen zufließen, sondern kommt auch der Bevölkerung weiterer Kreise zugut, indem hierdurch eine Anzahl recht leistungsfähiger Jagdpächter Geld in die einzelnen Gemeinden bringen. Damit ist auch die Erscheinung verbunden, daß nicht bloß Badener, sondern auch Ausländer zu den Jagdpachten zugelassen werden, eine Erscheinung, die nicht neu ist und wohl kaum beseitigt werden kann. Es wäre denn doch sehr wenig gastlich und recht unfreundlich gegen unsere Nachbarn von rechts und links, südlich und nördlich, wenn wir die Vorschriften unseres Jagdgesetzes plötzlich dahin ändern würden, daß nur Badener zur Pacht zugelassen sein sollen. Eine derartige Bestimmung würde auch unsere Gemeinden erheblich schädigen, denn durch die Einschränkung der Mitbewerbung würden die Jagdpachtzinse vermindert, ohne daß dadurch schon an sich eine Sicherheit für Verminderung des Wildstands und des Wildschadens gegeben wäre. Uebrigens geben schon die bisherigen Bestimmungen eine Handhabe, um diejenigen Reichsausländer, gegen welche vom Gesichtspunkte der allgemeinen Sicherheitsinteressen oder der Wildschadensinteressen Bedenken vorliegen, von der Jagdausübung auszuschließen. Es ist ja richtig, daß da, wo der Wildstand in großem Umfang gehegt wird, auch ein gewisser Wildschaden besteht. Indes reichen die derzeitigen Bestimmungen völlig aus, um dauernde und erhebliche Mißstände in dieser Hinsicht zu verhüten. Schon jetzt ist ja bestimmt, daß die Jagdpächter verpflichtet sind, den Wildschaden voll zu ersetzen; durch die im Jahre 1898 erfolgte Ergänzung des Jagdgesetzes sind einfache und wirksame Vorschriften über die Feststellung und Vergütung des

Wildschadens getroffen. Augenblicklich werden diese Bestimmungen noch vervollständigt, indem demnächst eine neue Dienstweisung für die Wildschadensabschätzer erscheinen und weiter die Vollzugsverordnung zum Jagdgesetz in verschiedener Richtung ergänzt werden soll, namentlich in der Richtung, daß künftig die Gemeinden veranlaßt werden, in den Jagdpachtvertrag eine Vorschrift aufzunehmen, wonach sie, wenn bei wesentlichen Zuwiderhandlungen des Jagdpächters gegen die Bedingungen des Jagdpachtvertrags, namentlich bei allzu großer Hegung des Wildstandes, der Aufforderung des Gemeinderats oder des Bezirksamts, Abhilfe zu treffen, nicht entsprochen wird, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zur sofortigen Kündigung des Jagdpachtvertrags berechtigt sind. Außerdem ist ja schon jetzt das Bezirksamt nach dem Jagdgesetz ermächtigt, von sich aus bei übermäßiger Hegung Anordnungen zur Verminderung des Wildstandes zu treffen. Nach meiner Erfahrung sind auch die Behörden schon in manchen Gegenden, wo derartige Schädigungen vorkamen, in dieser Weise zur Verminderung des Wildschadens vorgegangen. Was die Vorschriften des Gesetzes über die Verpachtung der Gemeindejagden an den Höchstbietenden anbetrifft, so sind wohl wesentliche Aenderungen nicht nötig. Schon jetzt kann die Gemeindebehörde einzelne Personen ausschließen, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß der Bewerber nicht die Sicherheit für die richtige Erfüllung der Vertragsbedingungen bietet. Hiernach kann von vorneherein dafür gesorgt werden, daß Persönlichkeiten, von denen die Hegung eines großen Wildstands zu erwarten ist, von der Pacht ausgeschlossen werden; anderseits kann den Pächtern auch im Laufe der Pachtzeit die Verminderung des Wildstandes zur Auflage gemacht werden. Das einzige, was wohl zu geschehen hätte, wäre die Herausgabe eines Generalerlasses an die Bezirksämter, worin sie erneut auf die Bestimmungen hingewiesen werden. Dagegen würde ich es nicht für wünschenswert halten, wenn nach dem Vorschlage des Herrn Abg. Schüler allgemein die Gemeinden für berechtigt erklärt würden, nach freiem Ermessen einem anderen als dem Höchstbietenden den Zuschlag zu erteilen, sofern dazu die Genehmigung des Bürgerausschusses und des Bezirksamt erteilt wird. Ein freies Ermessen würde gerade die Mißstände wieder herbeiführen, die man 1887 durch die neuen Bestimmungen hat beseitigen wollen; auch wäre es nicht sehr zweckmäßig, dem großen Kollegium des Bürgerausschusses dieses weite Ermessen einzuräumen; das kleinere und sachverständige, sich seiner Verantwortung bewußte Kollegium des Gemeinderats kann nach meiner Ansicht viel besser beurteilen, wer zugelassen werden soll. Die Verantwortung muß wenigen Personen obliegen und darf nicht zum Gegenstand einer agitatorischen Behandlung in einer großen Versammlung gemacht werden. Auch dem Bezirksamt möchte ich die schwierige Aufgabe einer Nachsichterteilung von gesetzlichen Bestimmungen nicht zumuten; die Sache bleibt besser in der Hand des nach dem Gesetze entscheidenden Gemeinderats. Im übrigen ist anzuerkennen, daß da und dort lebhafte Klagen über Wildschaden geführt werden; aber anderseits ist doch auch anzuerkennen, daß die Jagdpächter zum größten Teil geneigt sind, wenn ein Wildschaden festgestellt ist, die ihnen angesonnene Entschädigung zu zahlen. Und endlich macht man da und dort auch die Erfahrung, daß die Ersatzforderungen für Wildschaden übertrieben werden und Wildschaden geradezu gezüchtet wird. Jede Sache hat eben zwei Seiten.

Es ist dann noch vom Herrn Abg. Morgenthaler eine Aenderung des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes befürwortet worden; er wünscht, man solle für die Betriebe mit 1200 und weniger Arbeitstagen statt der sechs Klassen, eine größere Zahl, etwa zehn, einrichten, damit die Beiträge dem Betriebsumfange entsprechend gerechter verteilt werden könnten. In dieser Beziehung hat aber jetzt, nach der Gesetzesänderung von 1902, die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft den weitesten Spielraum; nach § 8 Ziffer 7 des Gesetzes kann nämlich die gesetzliche Klasseneinteilung durch das Statut der Genossenschaft geändert werden. Bisher scheint aber ein allgemeines Bedürfnis dazu nicht hervorgetreten zu sein, denn die Berufsgenossenschaft hat von dieser Befugnis noch keinen Gebrauch gemacht.

Was endlich die Frage nach einem Gesetz über die Landwirtschaftskammer betrifft, so hoffe ich, daß noch diesen Landtag ein bezüglicher Entwurf beschäftigen wird und daß bei wechselseitigem Entgegenkommen ein befriedigendes Ergebnis erzielt werden wird, um so mehr, als die auf dem vorigen Landtage zwischen den beiden Kammern übrig gebliebenen Differenzpunkte nach den Ausführungen des Herrn Abg. Geppert nur unwesentliche Bedeutung hatten.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Krems: Ich will bei Beantwortung der zahlreichen Anregungen, die wir im Hohen Hause gehört haben, mich möglichster Kürze befleißigen. Seitens des Herrn Berichterstatters wird es für wünschenswert erklärt, bedürftigen Schülern der Ackerbauschule Hochburg das Schul- und Verpflegungsgeld je nach den Verhältnissen ganz oder teilweise nachzulassen. Ich möchte dieser Anregung gegenüber darauf hinweisen, daß wir bisher schon in der gewünschten Weise verfahren sind und auch künftig tunlichst Milde werden walten lassen. Weiterhin wurde der Wunsch geäußert, daß bei der Einrichtung der Ackerbauschule Hochburg darauf Bedacht genommen werde, daß namentlich im Hinblick auf die Lehrzwecke der Anstalt elektrische Beleuchtung und elektrischer Maschinenbetrieb zur Einführung gelangen sollen. Diese Frage wurde bei Herstellung des Neubaus bereits in Berücksichtigung gezogen und es wurden auch schon demgemäß die bezüglichen Pläne mit Kostenvoranschlag ausgearbeitet. Die Ausführung blieb aber mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage ein frommer Wunsch. Die Regierung hofft aber, wenn möglich, im nächsten Landtag diesen Wunsch erfüllen zu können.

Sodann hat der Herr Berichterstatter die Frage angeregt, ob nicht auf einer Schweinezuchtstation die Beschaffung eines Ersatzebers auf Staatskosten erfolgen könnte. Ich weiß nicht, ob der Berichterstatter gemeint hat, es möchte die Beschaffung eines Ersatzebers in allen Fällen eintreten oder nur beim Umstehen der Tiere. In letzteren Fällen haben wir bisher schon Ersatz geleistet, namentlich dann, wenn der betreffende Eber kurz nach der Beschaffung ohne Verschulden des Eigentümers einging; dagegen ist dies schon mit Rücksicht auf die beschränkten zur Verfügung stehenden Mittel namentlich in den Fällen nicht angängig, aber auch nicht notwendig, in welchen der Erlös des zu beseitigenden Ebers den größten Teil der Anschaffungskosten deckt. Sodann wurde vom Herrn Berichterstatter die Einfuhr von Halbblutstuten besprochen und gesagt, daß die Hannoveranerstuten sich bei uns nicht gut entwickeln. Ich glaube diese Beschwerden sind nicht begründet. Höchstens insofern, als die Tiere in den neuen Lebensbedingungen sich nicht so gut entwickelten wie in ihrer Heimat. Ist dies doch eine alte Erfahrung, daß auf einen anderen Boden verpflanzte Tiere nur sehr schwer sich akklimatisieren. Der Herr Berichterstatter hat dann im Anschluß an seine Befürchtungen bezüglich der Hannoveraner die Einfuhr von Holsteinern zur Erwägung anheimgegeben.

Aber auch bei diesen sind schon mancherlei Klagen laut geworden, und insbesondere erst kürzlich auf der Generalversammlung des Württembergischen Landeszuchtvereins wurde darüber geklagt, daß die Holsteiner zu wenig durchgezüchtet seien. Jedenfalls haben wir bis jetzt mit den Hannoveranern zufriedenstellende Erfahrungen gemacht und jedenfalls bessere, als s. Zt. mit den Oldenburgern, welche sich für unsere Verhältnisse namentlich zu weich erwiesen haben. Wenn sodann vom Herrn Berichterstatter bedauert wurde, daß bei uns so wenig Remonten gekauft werden, so teile ich dieses Bedauern. Ich war selbst auch längere Zeit der Ansicht, daß der geringe Einkauf von Remonten bei uns einem gewissen Mangel an Entgegenkommen seitens der Remontekommission entspringe. Ich habe mich aber nach und nach überzeugt, daß die Schuld der Hauptsache nach darin zu finden ist, daß wir, sowie die Verhältnisse bei uns liegen, kaum in der Lage sind, brauchbare Remonten in nennenswertem Umfang zu züchten. Ueberhaupt scheint es mir wirtschaftlicher für unsern landwirtschaftlichen Kleinbetrieb, wenn er sich statt auf Halbblutzucht auf die Zucht von Kaltblut und auf Rinder- und Schweinzucht verlegt.

Der Herr Berichterstatter hat dann den Wunsch ausgesprochen, daß der Impfzwang der Farren aufgehoben und ein größeres Gewicht auf die Impfung des weiblichen Materiales gelegt werde. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß ein Impfzwang für Farren bei uns nicht besteht und in der Vollzugsverordnung zum Farrenhaltungsgesetz den Gemeinden nur eine Mahnung zur Vornahme der Impfung erteilt wurde. Was die Impfung des weiblichen Materials anbelangt, so wurde sie den Züchtern wiederholt angeraten und die Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse in Aussicht gestellt, ein nennenswerter Gebrauch aber bedauerlicherweise nicht davon gemacht.

Bezüglich der Frage der Errichtung eines Getreidelagerhauses in Walldürn bemerke ich, daß man im allgemeinen wünschen muß, es möchten nicht zu viele Getreidelagerhäuser in verhältnismäßig geringer Entfernung voneinander errichtet werden, einesteils im Interesse der Ersparung an Kosten, anderenteils zur Verhütung unnötiger Konkurrenz und um den Bedarf an erforderlichem Betriebskapital nicht zu sehr zu erhöhen. Die Schwierigkeiten der Abfertigung bei dem Getreidelagerhaus Buchen ließen sich wohl beheben durch Festsetzung besonderer Ablieferungstage für die einzelnen Gemeinden.

Ueber die von dem Herrn Berichterstatter gerügte Abschätzung der bei einer Truppenübung beschädigten Obstbäume ist der Großh. Regierung nichts bekannt geworden, doch werden darüber nähere Erhebungen erfolgen.

Was die von dem Herrn Abg. Weygoldt angeregten Maßnahmen gegen die Faulbrut der Bienen anbelangt, so handelt es sich hier um eine alte Sorge der Bienenzüchter. Ebenso alt sind aber auch deren Bemühungen nach Abhilfe. Nachdem man lange Zeit über die Ursache dieser Krankheit völlig im Unklaren war, haben die Forschungen von Preuß, Schiefeld, sowie der Engländer Cheshire und Cheyne die Ursache in einem Bazillus gefunden. Doch ist man über die beste Art der Bekämpfung noch nicht ins Reine gekommen. Nachdem die Sache vonseiten der Großh. Regierung schon seit Jahren ins Auge gefaßt und die landwirtschaftliche Versuchsanstalt sich mit der Sache befaßt hatte, ist in neuester Zeit das Reichsamt des Innern der Bekämpfung dieser Krankheit näher getreten und hat der Biologischen Anstalt die Vornahme näherer Untersuchungen aufgegeben. Mit Rücksicht hierauf wird es sich empfehlen, mit einem weiteren Vorgehen einstweilen zuzuwarten.

Es ist ferner die Weinfrage zur Sprache gebracht und geklagt worden, daß das neue Weingesetz nicht alle Wünsche der Winzer erfüllt habe. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß es doch den unschätzbaren Vorteil der Möglichkeit der Beseitigung der Kunstweinfabrikation gebracht hat. Auch der Kampf gegen das übermäßige Strecken wird, wenn noch mehr Erfahrungen gemacht sein werden, allmählich befriedigende Erfolge bringen. Freilich sind in dieser Richtung insofern noch große Schwierigkeiten zu überwinden, als ein sicherer Nachweis des übermäßigen Streckens, sowohl auf dem chemischen Wege, als auf dem der Zungenprobe, außerordentlich schwer zu führen ist.

Darin gebe ich dem Herrn Abg. Geppert Recht, daß die Kelleruntersuchung auch verbunden sein muß mit einer Bücherkontrolle; dazu ist übrigens in § 11 des Weingesetzes eine weitgehende Handhabe gegeben. In diesem Sinne wurden auch die Sachverständigen, denen bei uns die Weinkontrolle übertragen ist, angewiesen. Im allgemeinen sind übrigens bei uns die in Frage kommenden Verhältnisse beruhigende, wenn auch in verschiedenen Fällen Anlaß zum Einschreiten sich ergab.

Was die von verschiedener Seite beklagte Fälschung von Kirschwasser anbelangt, so kann hiergegen auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes vorgegangen werden. Uebrigens hat sich gelegentlich der Weinkellerkontrolle in einzelnen mit Kirschwasser handelnden Geschäften dringender Verdacht auf bezügliche Fälschung ergeben und hat man Anlaß genommen, der Staatsanwaltschaft hiervon Kenntnis zu geben.

Was den Wunsch anbelangt, es möchten auch bei uns, wie in Preußen, die Krankenhäuser darauf hingewiesen werden, zur Hebung des Absatzes des inländischen Rotweins ihre Bezüge bei den Produzenten des Inlandes zu machen, so ist schon vor Monaten ein bezüglicher Erlaß ausgegeben worden.

Bezüglich der Frage der Einführung einer Schlachtviehversicherung bei uns möchte ich darauf hinweisen, daß die Schlachtviehversicherung, soweit sie als ein Bedürfnis für den Landwirt sich darstellt, in unserem Viehversicherungsgesetz eine genügende Regelung findet, welcher Standpunkt bezüglich der dort bestehenden, der unseren ähnlichen Versicherung, auch in Bayern eingenommen wird.

Die Frage der Entschädigung für mit Tuberkulose behafteter Tiere, wird zurzeit im Schoße der Reichsregierung erwogen.

Der Herr Abgeordnete Müller hat geglaubt, den Grund für den Rückgang der Zahl der Bestellung von Kaltblutfohlen in den Bestimmungen über Gewährung von Kaufpreisnachlässen finden zu sollen. Diese Ansicht kann ich nicht teilen, da zurzeit schon dem Ministerium ein weitgehendes Recht der Nachsichterteilung zusteht, von dem in sehr liberaler Weise Gebrauch gemacht wird. Andrerseits darf man auch nicht vergessen, daß bei allzu milden Bestimmungen in dieser Beziehung die Gefahr von Mißbräuchen außerordentlich erhöht wird.

Die Ausgestaltung der Ackerbauschule Hochburg zu einer Mittelschule mit Einjährigenberechtigung scheint mir einem Bedürfnis des Landes nicht zu entsprechen.

Dem Herrn Abg. Geppert möchte ich bezüglich des mit der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft abgeschlossenen Uebereinkommens und des Standes des Hagelfonds mitteilen, daß keinerlei Anlaß zu einer Revision

des für uns durchaus den vorliegenden Verhältnissen entsprechenden Uebereinkommens, welches andere Staaten zum Vorbild gedient, vorliegt.

Nach dem Ergebnis des Jahres 1903 hatte die Gesellschaft an uns eine Schuld zu begleichen von 85 974 M., während wir einen Nachschuß von 156 189 M. zu entrichten und demgemäß noch den Betrag von 70 215 M. herauszubezahlen hatten. Die Höhe des Hagelfonds beträgt zurzeit 1 175 435 M. Seine starke Minderung in den Jahren 1901 und 1902 beruht einesteils auf den schweren Hagelschäden dieser Jahre, andrerseits auf den durchschnittlich zu niederen Vorprämien und dem geringen von den Versicherten an den Hagelfonds zu entrichtenden Zuschlägen.

Schluß der Sitzung halb 3 Uhr.

* **Karlsruhe,** 15. März. 46. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 17. März 1904, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums des Innern für 1904 und 1905. Ausgabe Titel XVI, Einnahme Titel VII (Landwirtschaft) — Drucksache Nr. 14c. — Berichterstatter Abg. Schüler.

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, die Versicherung der Rindviehbestände betreffend — Drucksache Nr. 35a. — Berichterstatter: Abg. Schüler.

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Karl Schweickert
Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.
Expedition der „Badischen Landeszeitung" in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg